

TÄTIGKEITSBERICHT

(Zeitraum von Dezember 2015 bis Mitte April 2016)



Mitteilung des Generalsekretärs des Kongresses
der Gemeinden und Regionen

1253. Sitzung des Ministerkomitees
13. April 2016

CG30(2016)22

13. April 2016

Tätigkeitsbericht des Kongresses

(Dezember 2015 bis Mitte April 2016)

**Mitteilung des Generalsekretärs des Kongresses auf der 1253.
Sitzung der Stellvertreter der Minister**

13. April 2016

Gestaltung: Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats

Druck : Council of Europe

Ausgabe: April 2016

INHALTSVERZEICHNIS

Mitteilung von Andreas Kiefer, Generalsekretär des Kongresses.....	5
I. POLITISCHE AGENDA	8
A. PRÄSIDENTSCHAFT DES KONGRESSES	8
B. VORSITZ IM MINISTERKOMITEE	10
II. AKTIVITÄTEN DER KONGRESSORGANE	11
A. 30. TAGUNG DES KONGRESSES	11
B. PRÄSIDIUM	13
C. KAMMER DER GEMEINDEN	14
D. KAMMER DER REGIONEN.....	14
E. AUSSCHÜSSE	15
III. MONITORING DER LOKALEN UND REGIONALEN DEMOKRATIE.....	17
A. MONITORING-TÄTIGKEIT	17
B. POST-MONITORING.....	19
C. BEOBACHTUNG VON KOMMUNAL- UND REGIONALWAHLEN	20
IV. THEMENBEZOGENE AKTIVITÄTEN.....	21
A. JUGENDPARTIZIPATION	21
B. INTERKULTURELLER DIALOG/RADIKALISIERUNG.....	21
C. RECHTE DES KINDES.....	22
D. EUROPÄISCHE WOCHE DER LOKALEN DEMOKRATIE.....	22
E. INTEGRATION DER ROMA	23
V. INSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT INNERHALB DES EUROPARATS	24
A. DER ZWISCHENSTAATLICHE SEKTOR.....	24
B. PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG	24
C. EUROPÄISCHE KOMMISSION FÜR DEMOKRATIE DURCH RECHT (VENEDIG-KOMMISSION).....	25
VI. EXTERNE KOOPERATION UND PARTNERSCHAFTEN	25
VII. KOOPERATIONSPROGRAMME UND AKTIONSPLÄNE	27
APPENDICES	31
Appendix 1: Agenda of the 30 th Session (22-24 March 2016)	31
Appendix 2: Resolutions and Recommendations adopted at the 30th Session of the Congress ...	32
Appendix 3: Communication by Jean-Claude Frécon, President of the Congress, at the opening of the 30th session.....	33
Appendix 4: Compilation of Congress texts on governance/corruption/ migration/radicalisation	35

Mitteilung von Andreas Kiefer, Generalsekretär des Kongresses

1253. Sitzung der Stellvertreter der Minister, Mittwoch, 13. April 2016

Ich bin hocherfreut, erneut an unserem zweimal im Jahr stattfindenden Meinungsaustausch teilzunehmen, der eine sehr gute Gelegenheit darstellt, den Delegierten den neusten Stand der Kongressaktivitäten vorzustellen, und der darüber hinaus eine Ergänzung Ihres jährlichen Austauschs mit dem Präsidenten des Kongresses darstellt.

Wie üblich geht mein mündlicher Beitrag einher mit einem schriftlichen Tätigkeitsbericht, der, seit meiner letzten Kommunikation an Sie (vom 1. Dezember 2015), den Zeitraum Dezember 2015 bis April 2016 abdeckt.

Tagung März 2016

Das allgemeine Thema, das für die Tagungen 2016 ausgewählt wurde, lautet „Ethik und Transparenz auf lokaler und regionaler Ebene“.

Die Korruption ist eine große Gefahr für die demokratische Stabilität. Die kommunalen und regionalen Verwaltungen arbeiten mit erheblichen finanziellen Mitteln und treffen Entscheidungen, die wesentliche und praktische Folgen für Personen und Unternehmen haben. Die Bürger wünschen sich mehr Transparenz in Bezug auf die Verwendung öffentlicher Gelder und sie sind bereit, Steuern zu zahlen, wenn sie wissen, dass das Geld sinnvoll verwendet wird.

Der Kongress hat vor mehreren Jahren einen neuen Ansatz angenommen, der nicht nur die Annahme statutarischer Texte vorsah, u.a. Empfehlungen an die Ministerkomitees, sondern auch konkrete und praktische Beiträge zur Arbeit des Europarats und dessen Umgang mit aktuellen Herausforderungen. Die Tagung im März widmete sich z. B. schwerpunktmäßig der Integration von Migranten und Flüchtlingen, der Bekämpfung von Radikalisierung, der Förderung interkultureller und interreligiöser Aktivitäten und der Bekämpfung von Menschenhandel.

Monitoring der lokalen und regionalen Demokratie

Die Tagung nahm den allerersten Monitoring-Bericht und eine Empfehlung zur Situation der lokalen und regionalen Demokratie in Frankreich in Anwesenheit des zuständigen französischen Ministers für Angelegenheiten der kommunalen Verwaltung an, der die Gründe für die Gebietsreform in seinem Land erläuterte. Es wurden auch ein Bericht und eine Empfehlung über die Situation in der Slowakei angenommen.

Ein Bericht über die Beobachtung der Wahlen am 25. Oktober 2015 in der Ukraine wurde angenommen und ein Bericht über eine Erkundungsmission in Albanien nach stattgefundenen Wahlen wurde präsentiert.

Der Kongress ist bereit, Kommunalwahlen zu beobachten, wenn die Mitgliedstaaten mindestens 60 Tage vor dem Wahltag eine diesbezügliche offizielle Einladung schicken.

Die Mitglieder führten des Weiteren mit Ministern aus Albanien, Georgien und aus der Ukraine eine Debatte über die Erfahrungen mit dem „Post-Monitoring-Dialog“, einem Prozess, der 2014 vom Kongress eingeführt wurde, wobei diese Staaten die ersten Staaten waren, die sich diesem Prozess in Kooperation mit dem Kongress unterzogen haben.

Ungefähr 10 Monitoring-Besuche, 2 oder 3 Erkundungsmissionen und 4 Beobachtungen von Kommunalwahlen sind für 2016 geplant und es sollen Fahrpläne für die Umsetzung der Empfehlungen des Kongresses mit Armenien und der Republik Moldau unterzeichnet werden.

Jugenddelegierte

Die Beteiligung der Jugend ist seit der Tagung Oktober 2014 fast „Alltag“ geworden. 2016 hat der Kongress erstmalig eine Gruppe von Jugenddelegierten eingeladen, an beiden Tagungen im März

und Oktober teilzunehmen, um eine umfassende Partizipation zu ermöglichen. Vierzig junge Delegierte aus 40 nationalen Delegationen nahmen an Ausschusssitzungen, Plenar- und Kammersitzungen teil, bei denen sie während der Debatten das Wort ergriffen und Vorschläge präsentierten.

Außenbeziehungen

Seit Ende 2015 hat die Zusammenarbeit des Kongresses mit dem Ausschuss der Regionen (AdR) neuen Schwung erhalten. Hochrangige Treffen „3+3“ (der Präsident und die Präsidenten der Kammern seitens des Kongresses und der Präsident, Vizepräsident und Präsident des CIVEX-Ausschusses seitens des AdR) werden nun einmal pro Jahr stattfinden. Beim ersten „3+3“-Treffen im Februar 2016 beschlossen die beiden Institutionen, bis Ende 2016 oder Anfang 2017 eine gemeinsame Konferenz über die Prävention und Bekämpfung von Korruption zu organisieren. Eine weitere Entscheidung, die bei diesem Treffen getroffen wurde, war die Einladung des Kongresses zu den Sitzungen der „Task Force Ukraine“ des AdR. Darüber hinaus werden die Präsidenten regelmäßig zum Plenum der jeweils anderen Organisation sprechen.

Es besteht außerdem ein regelmäßiger Kontakt zwischen den Generalsekretären des Kongresses und des AdR, und der Kongress lädt den AdR ein, an Wahlbeobachtungsmissionen teilzunehmen, und legt dem CIVEX-Ausschuss Monitoring-Berichte vor.

Themenbezogene Tätigkeit

Die Allianz der Städte und Regionen für die Integration der Roma wurde in die Verwaltungsstruktur des Sonderbeauftragten des Unterstützungsteams des Generalsekretärs des Europarats aufgenommen. Der Kongress wird jedoch weiterhin die Allianz politisch und deren Tätigkeit finanziell unterstützen.

Der Kongress wird weiterhin einen Teil der lokalen und regionalen Dimension der Aktionspläne des Europarats für mehrere Staaten (Albanien, Armenien, Georgien, Republik Moldau und Ukraine) und das von der EU finanzierte Programm im Rahmen des Programmatischen Kooperationsabkommens umsetzen.

Ein Gipfeltreffen der Bürgermeister gegen Radikalisierung wird in Zusammenarbeit mit dem European Forum for Urban Security (EFUS) am 9. November 2016 in Rotterdam organisiert, dies in Nachbereitung der Internationalen Konferenz der Gemeinden über die Prävention von Radikalisierung, die zu gewaltbareitem Extremismus führt, die am 18. November 2015 in Århus, Dänemark, stattfand. Dieses Gipfeltreffen sollte der Ausgangspunkt einer Allianz der Städte gegen Radikalisierung sein.

Ein Gipfeltreffen zur sozialen Integration wird vom 17.-18. Mai 2016 mit aktiven Beiträgen des Kongresses in Istanbul stattfinden. Der Präsident des Kongresses wird auf der Eröffnungssitzung sprechen, und die Vizepräsidenten und Berichterstatter, die mit Themen der Integration von Flüchtlingen, Roma und Menschen mit Behinderungen befasst sind, werden als Redner auftreten.

Erneuerung der Delegierten auf der Tagung im Oktober 2016

Kongressdelegierte werden für die Dauer von vier Jahren ernannt. Auf der Tagung, die nach dem Ablauf dieser Zeitspanne folgt, müssen alle Delegationen erneuert werden. Die nächste Erneuerung erfolgt auf der 31. Herbsttagung des Kongresses, die vom 19.-21. Oktober stattfindet.

Später in diesem Monat werden aus diesem Grund alle Ständigen Vertreter ein Schreiben des Generalsekretärs Jagland zur Weiterleitung an ihre jeweiligen Außenminister erhalten. Dieses Schreiben fordert die Mitgliedstaaten auf, den Konsultationsprozess für alle Akteure zu beginnen, die in ihrem offiziellen Verfahren genannt werden, und der zur Ernennung ihrer neuen Delegationen für die Amtszeit Oktober 2016-Oktober 2020 führt. Das Schreiben enthält des Weiteren alle Formulare, die ausgefüllt werden müssen, sowie detaillierte Informationen zum Aufstellen einer Delegation (Kriterien, Fristen, Verfahren, etc.).

Ich werde außerdem den Nationalverbänden der Gemeinden und Regionen schreiben, die am Ernennungsprozess der nationalen Delegationen beteiligt sind, um sie über die Schritte zu informieren, die sie ergreifen müssen.

Zur Gewährleistung einer möglichst reibungslosen Erneuerung aller Delegationen werden wir die Mitgliedstaaten bitten, uns ihre Nominierungen, wenn möglich, vor dem Sommer, spätestens aber zur endgültigen Frist am 5. September 2016 zukommen zu lassen, damit wir ausreichend Zeit haben, falls Änderungen vonnöten sein sollten.

Auf der Oktober-Tagung werden die Mitglieder die Prioritäten des Kongresses für 2017-2020 annehmen. Diese Prioritäten werden sich insbesondere auf die statutarischen Aktivitäten konzentrieren, u.a. das Monitoring der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung und der Kommunal- und Regionalwahlen sowie die aktuellen Herausforderungen der Gemeinden, mit dem Ziel, die Erfahrungen und Lösungen des Kongresses an seine Mitglieder weiterzugeben. Dies wird in Abstimmung mit den Prioritäten der Organisation erfolgen.

Ich möchte diesen Vortrag mit der Erinnerung abschließen, dass die Aufrechterhaltung eines regelmäßigen Dialogs mit den Mitgliedstaaten des Europarats eine Priorität des Kongresses ist.

Unsere Erfahrungen mit dem Monitoring und den Post-Monitoring-Prozessen haben gezeigt, dass es einen wachsenden Wunsch seitens der Regierungen gibt, diesen Dialog zu führen, und wir betrachten dies als sehr positives Zeichen dafür, dass die Mitgliedstaaten dem Wohlergehen ihrer lokalen und regionalen Demokratie große Bedeutung beimessen.

Für seine Tagungen im Jahr 2016 hat der Kongress das allgemeine Thema „Ethik und Transparenz auf kommunaler und regionaler Ebene“ gewählt, weil er die Korruption als große Bedrohung der demokratischen Stabilität betrachtet. Es gibt aber noch weitere Krisen und Bedrohungen, die die europäischen Gesellschaften und deren kommunale und regionale Gemeinschaften herausfordern - die Einwanderungs- und Flüchtlingskrise, Terrorismus und Radikalisierung, Rassismus und gewaltbereiter Extremismus, Wirtschafts- und Finanzkrisen, Krieg an den europäischen Grenzen und innerhalb Europas. Der Kongress unterstützt die kommunalen und regionalen Gemeinschaften bei der Überwindung dieser Krisen.

Der vorliegende Bericht, der den Zeitraum von Dezember 2015 bis Mitte April 2016 abdeckt, bietet eine Übersicht der Tätigkeit und konkreten Arbeit des Kongresses, die von seinen Gremien und Mitgliedern vor Ort durchgeführt wurden.

I. POLITISCHE AGENDA

A. PRÄSIDENTSCHAFT DES KONGRESSES



Seit Oktober 2014 ist [Jean-Claude Frécon](#), (Frankreich, SOC), Präsident des Kongresses. Die erste Vizepräsidentin des Kongresses ist [Gudrun Mosler-Törnström](#) (Österreich, SOC), Präsidentin der Kammer der Regionen, und der zweite Vizepräsident ist [Anders Knappe](#) (Schweden, EPP/CCE), Präsident der Kammer der Gemeinden.

Foto: Der Präsident des Kongresses und der Albanische Präsident, Bujar Nishani, am 22. März 2016

Teilnahme des Kongresspräsidenten an der 115. Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen (Brüssel, 4. Dezember 2015)

Dies war das erste Mal, dass ein Präsident des Kongresses vor dem Plenum des Ausschusses der Regionen gesprochen hat. In Anbetracht der Tatsache, dass die beiden Institutionen 2014 ihr 20-jähriges Bestehen gefeiert haben, hielt es der Kongresspräsident für wesentlich, die Kooperation zwischen den beiden Institutionen zu bewerten, um diese zu stärken und zu vertiefen. Er hob Beispiele der bestehenden Zusammenarbeit im Bereich der Beobachtung von Kommunal- und Regionalwahlen oder bei den Kooperationsprojekten in den Staaten der Östlichen Partnerschaft hervor. Er nannte das Beispiel der Ukraine, wo der Kongress sich umfassend an den aktuellen Reformen beteiligt und für die der Ausschuss der Regionen eine spezielle Arbeitsgruppe eingerichtet hat, um aufzuzeigen, dass das Identifizieren gemeinsamer Prioritäten ermöglichen würde, von der Kooperation zur gemeinsamen Aktion zu schreiten.

Erklärung des Präsidenten anlässlich des Internationalen Tags der Menschenrechte (Straßburg, 10. Dezember 2015)

Der Präsident des Kongresses erklärte, es handle sich nicht nur um eine Gedenkfeier, sondern auch um eine Erinnerung für alle, denn die humanitäre Lage sei noch ein ganzes Stück vom Ideal entfernt, das 1948 festgelegt worden sei. Er befasste sich insbesondere mit dem schwierigen Jahr 2015 und betonte, die Wirtschaftskrise, die Flüchtlingskrise und die terroristische Bedrohung seien Herausforderungen, die die Menschenrechte und die Grundrechte gefährdeten. Er erinnerte des

Weiteren daran, dass der Schwerpunkt der Arbeit des Kongresses für die kommenden Jahre die Umsetzung konkreter Maßnahmen zur Aufklärung und zur Unterstützung lokal gewählter Amtsträger sei, dies im Geiste der Ziele der Grazer Erklärung, die im Mai 2015 nach dem Internationalen Forum „Schwerpunkt Menschenrechte“, das vom Kongress, der Stadt Graz und dem Bundesland Steiermark durchgeführt wurde, angenommen wurde.

Erklärung des Präsidenten anlässlich des Internationalen Tags der Migranten (Straßburg, 18. Dezember 2015)

Der Präsident des Kongresses erklärte, die Frage der Migranten sei eng mit der Verantwortung der Gemeinden verbunden, die unmittelbar von den Migrantenströmen betroffen seien. Er unterstrich, die Gemeinden und Regionen ständen an vorderster Front, wenn es um die Versorgung und Unterbringung von Migranten und deren Familien gehe. Wie viele in den letzten 15 Jahren vom Kongress verabschiedete Texte zeigen, sei der Kongress der Überzeugung, die Integration der Migranten hänge vor allem von deren Teilhabe an den Angelegenheiten der Gemeinden und ihrem gleichberechtigtem Zugang zu Beschäftigung, Bildung und allen staatlichen Diensten im Hinblick auf die restliche Bevölkerung ab.

Meinungsaustausch zwischen dem Kongresspräsidenten und dem Präsidenten von Bulgarien (Straßburg, 26. Januar 2016)

Die Rolle der Gemeinden und Regionen bei der Sicherstellung der Kohäsion und Stabilität in Europa war Kern des Meinungsaustausches zwischen dem Kongresspräsidenten und dem Präsidenten von Bulgarien, Rosen Plevneliev, während der Teilsitzung der Parlamentarischen Versammlung. Der bulgarische Präsident, der die von den Gemeinden und Regionen durchgeführte Arbeit lobte und der ehemaliger Minister für Regionale Entwicklung und öffentliche Bauvorhaben war, betonte, wie sehr sich die gesamte Balkanregion dank der Entwicklung der Regionen und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit stabilisiert habe.

Treffen zwischen dem Kongresspräsidenten und den Regierenden Hauptleuten von San Marino (Straßburg, 28. Januar 2016)

Während seines Treffens mit den Regierenden Hauptleuten von San Marino, Lorella Stefanelli und Nicola Renzi, am Rande der Sitzung der Parlamentarischen Versammlung, erinnerte der Präsident des Kongresses daran, dass die Unterzeichnung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung durch San Marino seit 2013 bis heute den Weg für die Anwendung der Charta auf die Gesamtheit von Europa geebnet habe. San Marino sei der 47. Staat, der die Charta unterzeichnet habe, der letzte Baustein, um einen einheitlichen Rechtsraum für die kommunale Selbstverwaltung in Europa zu schaffen. Er wies darauf hin, der Kongress verfolge nun seinen politischen Dialog mit den Regierungen, um die Ratifizierung aller Bestimmungen der Charta zu erreichen, damit 100% der Charta 100% Europas abgedeckt würden.

Erstes Treffen der hochrangigen Gruppe des Kongresses/des Ausschusses der Regionen (Brüssel, 9. Februar 2016)

Die hochrangige Gruppe „3+3“ des Kongresses und des EU-Ausschusses der Regionen (AdR) traf sich zum ersten Mal unter dem Vorsitz von Markku Markkula und Jean-Claude Frécon, dem Vorsitzenden des Ausschusses der Regionen bzw. dem Präsidenten des Kongresses (siehe VI. Institutionelle Zusammenarbeit).

Erklärung des Präsidenten anlässlich des Internationalen Frauentags (Straßburg, 10. Dezember 2016)

Jean-Claude Frécon bekräftigte erneut die Verpflichtung des Kongresses auf eine ausgewogene Teilnahme von Frauen und Männern am politischen und öffentlichen Entscheidungsprozess. Er erinnerte daran, der Kongress stelle seit 2008 sicher, dass Frauen mindestens 30% der Mitglieder aller nationalen Delegationen stellen. Der Kongress, im Rahmen seiner Umsetzung der lokalen Dimension der Gleichstellungsstrategie des Europarats (2014-2017), prüft gegenwärtig den Rechtsrahmen und die bestehende Politik in diesem Bereich und untersucht Möglichkeiten, die Teilnahme von Frauen am politischen Leben in Europa zu verbessern. Er hat des Weiteren

maßgebliche Texte für Gemeinden und Regionen über die Bemühungen im Hinblick auf die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und die wachsende Armut von Frauen verfasst.

Erklärung zur bulgarischen Ratifizierung des Zusatzprotokolls über das Recht auf Mitwirkung an den Angelegenheiten der kommunalen Gebietskörperschaften (Straßburg, 14. März 2016)

Jean-Claude Frécon begrüßte die Ratifizierung des Zusatzprotokolls durch Bulgarien, das den Bürgern der Mitgliedstaaten das Recht gewährt, „die Ausübung der Befugnisse und Zuständigkeiten einer kommunalen Gebietskörperschaft zu bestimmen oder zu beeinflussen“. Er betonte, für den Kongress sei dies ein „Schlüsselaspekt einer ordnungsgemäß funktionierenden kommunalen Demokratie“. Diese Ratifizierung fiel zeitlich zusammen mit dem bulgarischen Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats. Präsident Frécon wies darauf hin, dass der Vorsitz im Ministerkomitee eine Chance für den Kongress und für den Europarat als Ganzes sei, Verbindungen zu knüpfen und einen Dialog mit den Stellen in den Mitgliedstaaten zu führen.

Meinungsaustausch zwischen dem Kongresspräsidenten und dem Präsidenten von Albanien (Straßburg, 22. März 2016)

Der Kongresspräsident traf sich mit dem Präsidenten von Albanien, Bujar Nishani, der den Europarat besuchte. Der albanische Präsident verwies auf die exzellente und lange bestehende Kooperation zwischen dem Kongress und Albanien und betonte, „der Kongress ist ein erstklassiger Partner für eine junge Demokratie wie Albanien, denn er hilft dieser, auf der Grundlage der gemeinsamen Werte der europäischen Staaten Gestalt anzunehmen.“ Er erzählte dem Kongresspräsidenten von der Reform der Gemeinden und dem Prozess der Dezentralisierung, die gegenwärtig in seinem Land stattfinden, und verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, der Kongress werde weiter eng mit Albanien kooperieren und albanischen kommunal gewählten Vertretern Hilfe, Beratung und Fachwissen anbieten, damit diese ihre Rolle gegenüber ihren Bürgern bestmöglich wahrnehmen können.

B. VORSITZ IM MINISTERKOMITEE



Foto: Der Präsident des Kongresses und der Bulgarische Präsident, Rosen Plevneliev, am 26. Januar 2016

Der Kongress trug aktiv zu mehreren Veranstaltungen bei, die von der belgischen Präsidentschaft im Ministerkomitee organisiert wurden.

Vor allem organisierte er ein Treffen seines Präsidiums in Sofia. Bei dieser Gelegenheit führten der Präsident und die Vizepräsidenten des Kongresses auch einen Meinungsaustausch mit Vertretern der

Regierung und des Parlamentes, lokal und regional gewählten Amtsträgern sowie Studenten durch (siehe II.B. Präsidium).

In Straßburg traf sich der Kongresspräsident mit dem bulgarischen Präsidenten Rosen Plevneliev, der die Parlamentarische Versammlung besuchte, und mit der bulgarischen Ministerin für Regionale Entwicklung und öffentliche Bauvorhaben Lilyana Pavlova, die während der Sitzung im März 2016 einen Meinungsaustausch mit Mitgliedern des Kongresses führte (siehe I. Politische Agenda und II. A 30. Tagung des Kongresses)

Kongressmitglieder und Themenberichtersteller nahmen außerdem an Veranstaltungen teil, die von der Präsidentschaft durchgeführt wurden, insbesondere einer hochrangigen Konferenz zur Förderung der neuen Strategie des Europarats über die Rechte des Kindes 2016-2021 am 5.-6. April 2016 in Sofia. (siehe V. Themenbezogene Tätigkeit)

Des Weiteren nahm der Generalsekretär des Kongresses am 31. März 2016 in Sofia an einer Expertenkonferenz zum Thema „Gute Governance auf lokaler Ebene – Herausforderungen und Aussichten“ teil. Bei dieser Gelegenheit erinnerte er daran, eine Demokratie könne ohne eine gute Governance nicht gedeihen, und er stellte vier wiederkehrende Themen vor, die sich im Rahmen des Monitoring des Kongresses der Europäischen Charta der lokalen Autonomie ergeben hätten: eine unklare Festlegung der Zuständigkeiten der Gemeinden, ungenügende Finanzmittel, eine fehlende Konsultation der Gemeinden durch die zentralstaatlichen Stellen und ein wachsender Abstand zwischen Regierungen und Bürgern.

II. AKTIVITÄTEN DER KONGRESSORGANE

A. 30. TAGUNG DES KONGRESSES



Foto: Der Hemicycle während der 30. Session des Kongresses

Die beiden Tagungen im Jahr 2016 stehen unter dem allgemeinen Thema „Ethik und Transparenz auf kommunaler und regionaler Ebene“. Auf seiner 30.Tagung vom 22.-24. März 2016 führte der Kongress eine Debatte über „Ethik und Transparenz auf kommunaler und regionaler Ebene: Übersicht der Situation“, unter Teilnahme der Vertreter der italienischen nationalen Antikorruptionsbehörde und Marin Mrčela, dem Vorsitzenden der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO), und eine Debatte über „Transparente Gestaltung der öffentlichen Auftragsvergabe“, unter Beteiligung eines slowakischen Bürgermeisters, Imrich Žigo, und Elizabeth David-Barrett, einer britischen Wissenschaftlerin mit dem Fachgebiet Korruption.

Der Kongress erörterte in einer Debatte im Plenum die Frage der Integration von Migranten, an der Thorsten Klute, Staatssekretär, Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, Deutschland, Mustafa Dündar, Bürgermeister von Osmangazi, Distrikt Bursa, Türkei, und Gabriele C. Klug, stellvertretende Bürgermeisterin der Stadt Köln, Deutschland, teilnahmen, sowie eine Debatte in der Kammer der Gemeinden zum Thema „Binnenflüchtlinge: das unsichtbare Gesicht der Flüchtlingskrise“, vor allem unter Beteiligung von Gert Westerveen, dem Vertreter des Büros des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, und Andrzej Porowski, dem Leitenden Direktor des polnischen Städtebunds.

Die Agenda schloss zwei weitere thematische Debatten ein, zum einen eine Debatte zum Thema „Bekämpfung von Menschenhandel: die Rolle der Gemeinden“, u.a. unter Beteiligung von Nicolas Le Coz, dem Präsidenten der Expertengruppe gegen Menschenhandel des Europarats, und Anthony Steen, dem Vorsitzenden der Human Trafficking Foundation, und zum anderen eine Debatte zum Thema „Schaffung interkultureller Gesellschaften auf kommunaler Ebene“, mit Charles Saint-Prot, Generaldirektor der Observatoire d'études géopolitiques in Paris, Alaa Murabit, Gründerin der Voice of Libyan Women, und Mariam Inayat, Botschafterin des British Youth Council, Vereinigtes Königreich.

In letztgenannter Debatte stellte Leen Verbeek (Niederlande, SOC) die Strategie des Kongresses zur Bekämpfung von Radikalisierung an der Basis vor, und die Ko-Berichtersterter, Bert Bouwmeester (Niederlande, ILDG) und Josef Neumann (Deutschland, SOC) präsentierten ein geplantes „Tool-Kit“ für gewählte Amtsträger zur Vorbereitung interkultureller und interreligiöser Aktivitäten. (siehe V. Themenbezogene Tätigkeit)

Schließlich führte der Kongress noch eine Debatte zum Thema „Autonomie und Grenzen in einem wachsenden Europa“ und es wurde außerdem eine Empfehlung angenommen.

Im Rahmen seines Monitoring der Umsetzung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung erörterte der Kongress einen Bericht über die Situation der kommunalen und regionalen Demokratie in Frankreich, unter Beteiligung von Estelle Grelier, Staatssekretärin für Gemeinden und Regionen, ländliche Angelegenheiten und Gemeinden, Frankreich, und einen weiteren über die Situation in der Slowakei.

Er führte eine Debatte über den Post-Monitoring-Dialog in konkretem Bezug auf Armenien, Georgien und die Ukraine, unter Beteiligung von Vache Terteryan, dem ersten stellvertretenden Minister für Gebietsverwaltung und Notfallsituationen, Armenien, Tengiz Shergelashvili, dem stellvertretenden Minister für regionale Entwicklung und Infrastruktur, Georgien, und Vyacheslav Nehoda, dem ersten stellvertretenden Minister für Regionale Entwicklung, Ukraine.

Eine Empfehlung über die Beobachtung von Kommunalwahlen in der Ukraine (25. Oktober 2015) wurde ebenfalls angenommen, und die Schlussfolgerungen der Erkundungsmission nach Albanien vom 24.-26. Februar 2016 wurden vorgelegt.

Lilyana Pavlova, Ministerin für regionale Entwicklung und öffentliche Bauvorhaben in Bulgarien, sprach im Namen des bulgarischen Vorsitzes des Ministerkomitees zum Kongress.

Sie befasste sich mit den verschiedenen Bereichen von gemeinsamem Interesse des Ministerkomitees und des Kongresses, insbesondere mit Terrorismus, der Flüchtlings- und Einwanderungskrise und der Situation in der Ukraine. Sie begrüßte das Engagement des Kongresses bei der Bekämpfung von Radikalisierung und gewaltbereitem Extremismus und erinnerte daran, dieser Kampf sei oberste Priorität des Ministerkomitees. Sie betonte des Weiteren, die Arbeit des Ministerkomitees könnte durch den Beitrag der Gemeinden und Regionen gestärkt werden.

Zwei Ehrenmitgliedern wurde die Kongressmedaille verliehen: Knud Andersen, ehemaliger Vizepräsident, Dänemark, und Ian Micallef, ehemaliger Präsident der Kammer der Gemeinden und Präsident *ad interim* des Kongresses, Malta.

Mehrere soziale Veranstaltungen und Ausstellungen wurden organisiert, vor allem durch den bulgarischen Vorsitz und durch die Region Vladimir, um den 20. Jahrestag des Beitritts der Russischen Föderation zum Europarat zu feiern.

2016 hat der Kongress erstmalig eine Gruppe von Jugenddelegierten eingeladen, an beiden Tagungen im März und Oktober teilzunehmen. Zur März-Tagung kam eine Gruppe von 40 Jugenddelegierten aus 40 Mitgliedstaaten nach Straßburg. Sie trugen nicht nur aktiv zu den Debatten und Treffen bei, sondern führten auch einen Meinungsaustausch und eine abschließende Unterrichtung mit Mitgliedern durch.

Sie bereiteten gemeinsame Beiträge für die Debatten über die Integration von Flüchtlingen und die Einbeziehung von Jugendfragen vor und stellten dem Vertreter des Ministerkomitees eine Frage; außerdem nahmen sie an den anderen weitreichenden Debatten auf der Agenda und an den Aktivitäten ihrer jeweiligen nationalen Delegationen teil.

B. PRÄSIDIUM

10. und 11. Dezember 2015

Im Kontext des bulgarischen Vorsitzes des Ministerkomitees traf sich das Präsidium des Kongresses in Sofia. Tagesordnungspunkte waren u.a. die Situation in der Ukraine, in Polen und in Aserbaidschan sowie die Prioritäten des Kongresses (2017-20).

Am Rande dieses Treffens traf sich der Präsident des Kongresses mit der bulgarischen Ministerin für regionale Entwicklung und öffentliche Bauvorhaben, Lilyana Pavlova. Zusammen mit der Vorsitzenden des Governance-Ausschusses des Kongresses, Marie Madeleine Mialot Muller (Frankreich, SOC), traf er sich mit Mitgliedern des Parlamentarischen Ausschusses für regionale Entwicklung, die die Fortschritte bezüglich der Dezentralisierung der Regierung in Bulgarien betonten und auf die von den Gemeinden gemachten Schwierigkeiten hinwiesen, insbesondere die Verteilung der Finanzmittel, das Ungleichgewicht zwischen kleinen und großen Kommunen und die zusätzliche finanzielle Belastung aufgrund der Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten in kleinen Städten und Dörfern.

Des Weiteren führten die Vizepräsidentin des Kongresses, Gudrun Mosler-Törnström, und der Generalsekretär des Kongresses eine Debatte mit Studenten aus den Fachbereichen Regionale Entwicklung, öffentliche Verwaltung und Europastudien der Universität Sofia. In ihrer Präsentation der Tätigkeit des Kongresses und seiner einzigartigen Rolle unter den europäischen Institutionen konzentrierten sie sich auf das Monitoring der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung des Kongresses, seine Beobachtung von Kommunal- und Regionalwahlen und seine Aktivitäten im Bereich der Korruptionsprävention auf kommunaler und regionaler Ebene.

8. Februar 2016

Das Präsidium führte einen Meinungsaustausch mit dem Vertreter der Entwicklungsbank des Europarats, Stephan Sellen, dem stellvertretenden leitenden Direktor für Kredite und soziale Entwicklung und Teamleiter des „Fonds für Migranten und Flüchtlinge“. Die Diskussion konzentrierte sich insbesondere auf den neuen Fonds für Migranten und Flüchtlinge (MRF), der von der Bank zur Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Migranten und Flüchtlingen eingerichtet wurde. Diesbezüglich hilft die Bank den Eintritts- und Transitstaaten, Aufnahme- und Transitzentren einzurichten, zu modernisieren und zu betreiben. Der Präsident des Kongresses begrüßte die Einrichtung des Fonds und unterstrich die Dringlichkeit der Situation. Zum Ende der Diskussion vereinbarte das Präsidium, die Entwicklung des Fonds zu verfolgen.

Des Weiteren diskutierten die Mitglieder des Präsidiums die Prioritäten 2017-2020 sowie die Vorbereitung der 30. Tagung (22.-24. März 2016), die Ergebnisse der Europäischen Woche der lokalen Demokratie 2015 (12.-18. Oktober 2015), den Kaiser-Maximilian-Preis 2016, der dem Bundesland Tirol und der Stadt Innsbruck verliehen wurde, und den Vaclav Havel-Menschenrechtspreis 2016, der der Parlamentarischen Versammlung verliehen wurde. Sie beschlossen, zweimal jährlich einen detaillierten Bericht zu prüfen, der vom Sekretariat über die Kooperationsprogramme, die vom Kongress in mehreren Mitgliedstaaten geleitet werden, verfasst wird.

C. KAMMER DER GEMEINDEN

Die Kammer der Gemeinden hielt ihre 30. Tagung am 23. März 2016 ab. In seiner Kommunikation an die Kammer betonte Präsident Anders Knappe, die Zeit sei gekommen, die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung, die seit 2014 in allen 47 Mitgliedstaaten des Europarats in Kraft sei, in ihrer Gänze anzuwenden. Er drängte die Mitglieder, sich bei den Regierungen dafür einzusetzen, alle Grundsätze der Charta als bindend zu akzeptieren. Er unterstrich diesbezüglich die Bedeutung des Post-Monitoring-Dialogs, der ein wesentliches Instrument der Kongressmitglieder sei, eine dynamische, vitale und effiziente lokale Demokratie in ihren Gemeinschaften zu erzielen, die den legitimen Hoffnungen und Wünschen ihrer Bürger entspreche.

Die erste Debatte der Tagung befasste sich mit der Bekämpfung des Menschenhandels. Die Redner, namentlich Nicolas Le Coz, Präsident der Expertengruppe für die Bekämpfung des Menschenhandels (GRETA) des Europarats, Jelena Drenjanin, Berichterstatterin des Ausschusses der Regionen für die Beseitigung des Menschenhandels, Rosita Yeneva, Sekretärin des Ausschusses für die Bekämpfung des Menschenhandels in Burgas, Bulgarien, Brian Varma, leitender Berater der Stadt Amsterdam, und Anthony Steen, Vorsitzender der Human Trafficking Foundation, betonten den enormen Anstieg des Problems in den letzten Jahren, der noch verstärkt werde durch die politische Instabilität in einer Reihe von Regionen an den Grenzen Europas. Obwohl die nationalen Regierungen Maßnahmen ergriffen hätten, um diese Verbrechen zu ahnden, käme den Gemeinden und Regionen eine wichtige aufklärerische und präventive Rolle bei der Bekämpfung eines Phänomens, das Anthony Steen als „moderne Sklaverei“ bezeichnete, und bei der Identifizierung und Unterstützung der Opfer zu. Die Kammer erstellte eine Übersicht der vielfältigen konstruktiven Ansätze, die die Gemeinden ergriffen haben, um dieses Problem effektiver anzugehen.

Die zweite Debatte konzentrierte sich auf Binnenflüchtlinge in den Mitgliedstaaten des Europarats. Gert Westerveen, Vertreter des Büros des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen beim Europarat, betonte, die europäischen Staaten müssten, zusätzlich zu den fast 1 Mio. Asylsuchenden im Jahr 2015, auch noch mit geschätzten drei Millionen Binnenflüchtlingen fertig werden. Er rief den Kongress auf, die Gemeinden zu mobilisieren, die bei der Unterstützung dieser Menschen in vorderster Linie stehen. Andrzej Porawski, Geschäftsführender Direktor des polnischen Städtebunds, wies darauf hin, die Ukraine habe 1,6 Mio. Binnenflüchtlinge und beziehe im Vergleich zu dem, was die Türkei für syrische Flüchtlinge erhalte, nur eine geringe Unterstützung der EU. Darüber hinaus sei ein Großteil der Hilfen, die der Staat bereit stellt, zentralisiert und würde nicht an die Gemeinden weitergeleitet, obwohl es diese seien, die unmittelbar von der Situation betroffen sind.

D. KAMMER DER REGIONEN

Die Kammer der Regionen wählte während ihrer Sitzung am 23. März 2016, unter der Präsidentschaft von Gudrun Mosler-Törnström, Sergii Chernov (Ukraine, ILDG) zum Vizepräsidenten, der Nataliya Romanova (Ukraine, ILDG) ersetzt.

In ihrer Kommunikation verließ die Präsidentin ihrer Sorge über die heutige Situation in Europa Ausdruck, wo der aufsteigende Populismus und Nationalismus mit der Tendenz in vielen europäischen Staaten einhergehe, Macht und Ressourcen erneut zu zentralisieren. Gudrun Mosler-Törnström betonte, wie wichtig der Schutz der Standards der Charta der kommunalen Selbstverwaltung und des Referenzrahmens für regionale Demokratie sei, und wies auf nationale Regierungen hin, die ihren internationalen Verpflichtungen nicht nach kämen. Sie betonte des Weiteren die Verpflichtung des Kongresses auf die Verteidigung der regionalen Demokratie und die Schlüsselrolle der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für die europäische Integration.

Die Mitglieder der Kammer diskutierten insbesondere den Bericht „Autonomie und Grenzen in einem wachsenden Europa“, der von Karl-Heinz Lambert (Belgien, SOC) vorgelegt wurde, und der den Status und die Größe subnationaler Einheiten und die Trends bezüglich sich verändernder Zuständigkeiten und Grenzen der Regionen analysiert. Es bestand ein breiter Konsens, dass es keine „für alle passende“ Lösung für die Kontroversen über die Gebietskörperschaften gebe: die Probleme müssten über einen Dialog und gegenseitiges Verständnis innerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens der jeweiligen Staaten gelöst werden. Die Kammer nahm eine Entschliebung und eine Empfehlung zu diesem Thema an.

Die Kammer diskutierte außerdem die Studie „Die Entwicklung der Regionalisierung in den Mitgliedstaaten des Europarats“, die von der Unabhängigen Expertengruppe zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung des Europarats vorbereitet wurde. Der Präsentation der Studie folgte eine breitgefächerte Debatte unter den Mitgliedern der Kammer, die die aktuellen Trends der Regionalisierung in ihren Staaten hervorhoben.

E. AUSSCHÜSSE

Monitoring-Ausschuss

Der Monitoring-Ausschuss unter dem Vorsitz von Philippe Receveur (Schweiz, EPP/CCE) hat am 12. Februar seine erste Sitzung im Jahr 2016 in Paris abgehalten. Er nahm den ersten Berichtsentwurf über das Monitoring der lokalen und regionalen Demokratie in Frankreich an, in dem ausführlich Stellung zur laufenden Gebietsreform genommen wird. Der Ausschuss nahm des Weiteren den Berichtsentwurf über die lokale und regionale Demokratie in der Slowakischen Republik sowie den Berichtsentwurf über die Beobachtung der Kommunalwahlen in der Ukraine an.

Der Ausschuss debattierte außerdem die Kongress-Prioritäten für 2017-2020 und schickte den Berichterstatter seinen Beitrag zu diesem Thema. Ein Meinungsaustausch fand mit dem Leiter der Kongressdelegation aus Aserbaidschan statt. Schließlich wurde auch noch das Arbeitsprogramm 2016-2017 des Ausschusses angenommen, der vor allem für 2016 aus 10 Monitoring-Besuchen, 2-3 Erkundungsmissionen und 4 Beobachtungsmissionen von Kommunalwahlen besteht.

Am 25. Februar fand eine Erkundungsmission in Albanien im Rahmen des Post-Wahlen-Dialogs des Kongresses und seiner Mechanismen zur Beurteilung der Situation der lokalen und regionalen Demokratie statt, nach den Kommunalwahlen vom 21. Juni 2015. Monitoring-Besuche zur lokalen und regionalen Demokratie fanden im März und April in Kroatien (2.-4. März) bzw. in Zypern (5.-7. April) statt.

Die zweite Sitzung des Monitoring-Ausschusses fand am 22. März 2016 am Rande der 30. Tagung des Kongresses statt. Die Ausschussmitglieder führten einen Meinungsaustausch über eine rechtliche Stellungnahme durch, die vom Präsidenten der Unabhängigen Expertengruppe verfasst worden war und die sich mit der Situation in bestimmten Kommunen mit besonderen Sprachbestimmungen bezogen, die sich in den Randgebieten von Brüssel (Belgien) befinden, vor allem aus der Perspektive der Europäischen Charta der kommunalen Selbstbestimmung. Der Ausschuss beschloss, diese rechtliche Stellungnahme an Lisbeth Homans zu schicken, die flämische Ministerin des Inneren, und eine Erkundungsmission in Belgien zu erwägen, um vor Ort diese Fragen in Anbetracht der rechtlichen Aspekte der betreffenden Situationen zu klären.

Der Ausschuss erörterte des Weiteren Fälle, die vom Präsidium der Gemeinden behandelt wurden, u.a. ein Schreiben einer NRO, in dem der Fall der ukrainischen Gemeinde von Kirovograd aufgeworfen wurde, für die das Parlament (Verhovna rada), in Anwendung eines Gesetzespakets über Dekommunisierung, eine Änderung des Namens zu Inhulsk beschlossen hatte, augenscheinlich ohne die Gemeinde zu konsultieren. Die ukrainischen Stellen und der Bürgermeister der betroffenen Gemeinde werden zu dieser Situation um eine Stellungnahme gebeten.

Der Ausschuss beschloss des Weiteren, den Informationsbericht über die oben erwähnte Erkundungsmission nach Albanien zur Kenntnis zu nehmen und diesen beim nächsten Monitoring-Besuch zur lokalen und regionalen Demokratie in diesem Land zu berücksichtigen, der nach den allgemeinen Wahlen 2017 stattfinden soll.

Die nächste Sitzung des Monitoring-Ausschusses wird im Juni 2016 stattfinden.

Governance-Ausschuss

Der Governance-Ausschuss unter dem Vorsitz von Marie-Madeleine Mialot Muller (Frankreich, SOC) hielt am 22. März 2016, am ersten Tag der 30. Plenartagung, ein Treffen in Straßburg ab. Er debattierte mehrere Entwurfstexte. Der erste Text war ein Strategiedokument über „Prävention von

Korruption und Förderung der öffentlichen Ethik auf lokaler und regionaler Ebene", das von dem Themenberichterstatte Herwig van Staa (Österreich, EPP/ECC) vorgestellt wurde.

Der Ausschuss diskutierte anschließend ein gemeinsames Reflexionspapier (vorbereitet in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für aktuelle Angelegenheiten) über die Nachbereitung der Kongress-Strategie zur Bekämpfung von Radikalisierung an der Basis - „eine erneute Auswertung der relevanten Kongress-Texte“.

Der dritte Entwurf, der vom Ausschuss geprüft wurde, „Offene Daten für bessere öffentliche Dienste“, erörterte das Potenzial offener Daten zur Verbesserung der Bereitstellung öffentlicher Dienste, zur Stärkung der lokalen Demokratie, zur Verbesserung der Lebensqualität in unseren Städten und zur Entwicklung unseres Kulturlebens und unseres kulturellen Erbes.

Abschließend prüfte der Ausschuss noch den Berichtsentwurf über „Gender-Budgetierung“ unter dem Gesichtspunkt, dieses als Instrument der lokalen und regionalen Stellen zu betrachten, bei ihren Haushaltsvorbereitungen eine durchgehende Berücksichtigung der Gleichstellungsfrage anzuwenden.

Der Ausschuss nahm außerdem Entwürfe von Aufgabenstellungen für einen Bericht „Zahlungsunfähig: Kommunen in finanziellen Schwierigkeiten“ an, um seinen Bericht 2014 über „Angemessene Finanzmittel“, einen Bericht über „Entwicklung ländlicher Gebiete in Europa“ sowie „Gipfeltreffen der Bürgermeister zur Prävention von Radikalisierung, die zu gewaltbareitem Extremismus führt“ nachzuverfolgen, der im November 2016 im Rahmen der Kongressstrategie zur Bekämpfung von Radikalisierung an der Basis stattfinden soll.

Die nächste Sitzung des Ausschusses wird am 7. Juni 2016 in Orleans, Frankreich, stattfinden.

Ausschuss für aktuelle Angelegenheiten

Der Ausschuss für aktuelle Angelegenheiten hielt seine erste reguläre Sitzung des Jahres am 22. März 2016 in Straßburg während der 30. Tagung des Kongresses unter dem Vorsitz von Farid Mukhametshin (Russland, ILGD) ab. Er nahm einen Bericht „Die politische Partizipation und Vertretung von Frauen auf lokaler und regionaler Ebene“ und die Aufgabenstellung für zwei neue Berichte an, namentlich „Von der Aufnahme zur Integration: die Rolle der Gemeinden in Bezug auf Einwanderung“ und „Die Situation der Roma und Fahrenden im Kontext des wachsenden Rassismus und der wachsenden Fremdenfeindlichkeit“.

Der Ausschuss diskutierte anschließend ein gemeinsames Reflexionspapier (vorbereitet in Zusammenarbeit mit dem Governance-Ausschuss) über die Nachbereitung der Kongress-Strategie zur Bekämpfung von Radikalisierung an der Basis. Er prüfte außerdem die Fortschritte zum Bericht über Regional- und Minderheitensprachen im heutigen Europa und den Bericht über die Jugendpolitik auf lokaler und regionaler Ebene im Hinblick auf die Unterstützung junger Menschen beim Übergang in die Selbständigkeit und ins Berufsleben.

Der Ausschuss verfolgt weiterhin die Koordinierung des Kongressbeitrags zur Europarat-Kampagne „ONE in FIVE“ durch die Förderung des Kongress-Paktes zur Unterbindung von sexuellem Missbrauch von Kindern, der bereits von mehr als 60 Städten und Organen unterzeichnet wurde, die die Ziele der Kampagne angenommen haben. Der thematische Sprecher des Kongresses für Kinder, Johan van den Hout (Niederlande, SOC), hat die Schlussfolgerungen des Seminars für nationale Verbände und regionale Stellen im Jahr 2015 zu diesem Thema nachverfolgt, indem er die Organisation eines alle zwei Jahre stattfindenden Treffens der Unterzeichnerstädte des Paktes koordiniert, wobei das erste Treffen im Jahr 2017 in der Stadt Nis in Serbien stattfinden wird.

Die Ausschussmitglieder nahmen aktiv an einigen Veranstaltungen teil, u.a. der 68. Plenarsitzung von ECRI (Straßburg, 8.-11. Dezember), der PACE-Konferenz zum Thema „Eine umfassende humanitäre und politische Antwort auf die Einwanderungs- und Flüchtlingskrise in Europa“ (Paris, 16. Dezember), am Forum über soziale Rechte (Turin, 18. März), der hochrangigen Konferenz für den Start der Strategie des Europarats über die Rechte des Kindes 2016-2021 (Sofia, 5.-6. April), dem Jahrestreffen der Versammlung der Regionen Europas (Timisoara, 12. April) und der Ständigen Konferenz der Bildungsminister des Europarats (Brüssel, 12. April).

Die nächste Sitzung des Ausschusses wird am 15. Juni 2016 stattfinden.

III. MONITORING DER LOKALEN UND REGIONALEN DEMOKRATIE

A. MONITORING-TÄTIGKEIT



Foto: Der Monitoring Besuch in der Republik Kroatien, vom 2. bis 4. März 2016.

Die Kernaufgabe des Kongresses der Gemeinden und Regionen ist das effektive Monitoring der Situation der kommunalen und regionalen Demokratie in den Mitgliedstaaten durch die Beurteilung der Anwendung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung, angenommen 1985.

Im Kontext dieser Evaluation führte der Kongress im Zeitraum Dezember 2015 bis April 2016 drei Monitoring-Besuche durch und nahm zwei Empfehlungen an.

Monitoring-Besuche

Slowakische Republik (7.-9. Dezember 2015)

Eine Delegation unter Leitung der Berichterstatter Artur Torres Pereira (Portugal, EPP/CCE) und Leen Verbeek (Niederlande, SOC) untersuchten die Nachbereitungsmaßnahmen, die gemäß den Verpflichtungen, die dieses Land im Bereich der Dezentralisierung eingegangen war, als es die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung im Jahr 2000 ratifizierte, ergriffen wurden. Der letzte Monitoring-Besuch des Kongresses fand 2006 statt.

Die Delegation traf sich insbesondere mit dem Staatssekretär des Innenministeriums, dem Staatssekretär des Ministers für Transport, Bau und regionale Entwicklung und dem Bürgermeister von Bratislava. Des Weiteren gab es Treffen mit dem Präsidenten des Nationalparlaments, dem Präsidenten des Obersten Rechnungshofes der Slowakischen Republik und der Ombudsperson für Rechte. Die Delegation traf sich auch mit dem Generalstaatsanwalt der Slowakischen Republik, den Bürgermeistern von Bratislava, Nitra und Dunajská Streda, Vertretern der selbst verwalteten Regionen Bratislava und Nitra sowie der Nationalverbände der Gemeinden und Mitgliedern der slowakischen Delegation im Kongress.

Kroatien (2.-4. März 2016)

Der Kongress-Berichterstatter Ole Haabeth (Norwegen, SOC) prüfte die Nachbereitungsmaßnahmen, die im Bereich der Dezentralisierung gemäß den Verpflichtungen, die dieses Land bei der Ratifizierung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung im Jahr 1997 eingegangen ist, ergriffen wurden. Der letzte Monitoring-Besuch des Kongresses fand 2007 statt.

Hochrangige Treffen fanden in Zagreb statt, insbesondere mit dem Minister für Öffentliche Verwaltung, dem stellvertretenden Minister für Regionale Entwicklung und EU-Gelder sowie dem stellvertretenden Minister und Leiter für Finanzen. Die Delegation traf sich auch mit dem Präsidenten des Verfassungsgerichts der Republik Kroatien, dem Generalrechnungsprüfer des Staatlichen Rechnungshofes und dem Sprecher des kroatischen Parlaments. Treffen wurden auch vereinbart mit Vertretern der Stadt Rijeka, dem Landkreis Primorje-Gorski Kotar, der Gemeinde Omisalj und der Stadt Krk.

Zypern (5.-7. April 2016)

Eine Delegation unter Leitung von Bernd Vöhringer (Deutschland, EPP/ECC) und Randi Mondorf (Dänemark, ILDG) untersuchte die Situation der lokalen Demokratie im Hinblick auf die Bestimmungen der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung, die von diesem Land im Jahr 1988 ratifiziert wurde. Die letzten Monitoring-Besuche des Kongresses fanden 2001 und 2005 statt.

Hochrangige Treffen wurden in Nicosia mit Mitgliedern der nationalen Delegation Zyperns beim Kongress, dem Bürgermeister von Nicosia und dem Vizepräsidenten der Union der Kommunen Zyperns sowie dem Präsidenten der Union der Gemeinden Zyperns abgehalten. Die Delegation traf sich außerdem noch mit dem Finanzminister, dem Ständigen Sekretär des Innenministers und dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes. Abschließend gab es noch Treffen in Kokkinotrimithia mit dem Präsidenten des Gemeinderats und in Ayios Dhometios und Paphos mit den jeweiligen Bürgermeistern.

Angenommene Empfehlungen**Frankreich**

Die Empfehlung 384 (2016) über Lokale Demokratie in Frankreich wurde auf der 30. Tagung des Kongresses angenommen. Die Berichtstatter Jos Wienen (Niederlande, EPP/CCE) und Gudrun Mosler-Törnström (Österreich, SOC) stellten die Fortschritte fest, die im Hinblick auf den Dezentralisierungsprozess stattgefunden haben.

Der Kongress zeigt sich jedoch besorgt im Hinblick auf die Verfahren, die für die Verabschiedung des Gesetzes Nr. 2015-29 vom 16. Januar 2015 über Regionalgrenzen, Regional- und Departementwahlen und die Änderung von Wahlterminen eingesetzt wurden. Der Kongress fordert die französischen Stellen auf, den Prozess für das Konsultieren der direkten Vertreter der Gemeinden bei allen sie unmittelbar betreffenden Entscheidungen (Artikel 4), insbesondere jenen, die ihre Grenzen betreffen (Artikel 5), zu überarbeiten. Er empfiehlt Frankreich des Weiteren, sein Ausgleichssystem zu überarbeiten, um dieses gerechter zu gestalten. Abschließend ruft der Bericht die französischen Stellen auf, die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen den verschiedenen Ebenen der kommunalen Selbstverwaltung klarzustellen, um Überschneidungen zu vermeiden, und den Anteil der Eigenmittel in den Haushalten der Gemeinden weiter zu erhöhen.

Slowakische Republik

Auf der 30. Tagung nahm der Kongress die Empfehlung 387 (2016) über lokale Demokratie in der Slowakischen Republik in Folge seines Besuches in diesem Land im Dezember 2015 an.

Die Empfehlung betont die seit den beiden letzten Berichten in den Jahren 2001 und 2006 gemachten Fortschritte in Bezug auf die lokale bzw. regionale Demokratie. Der Berichtstatter Artur Torres Pereira wies darauf hin, diese Verbesserungen seien das Ergebnis der Ratifizierung der Artikel der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung durch dieses Land, die es beim Beitritt nicht ratifiziert hatte. Alle Bestimmungen der Charta würden nun in der gesamten Slowakei angewendet. Die Berichtstatter unterstrichen die Bemühungen im Hinblick auf die Dezentralisierung und hoben

insbesondere die Registrierung der Verbände der Vertreter der acht Regionen hervor, die den bestehenden Dialog zwischen der Zentralregierung und der regionalen Ebene stärke.

B. POST-MONITORING



Foto: Der Präsident des Kongresses und der Georgische Präsident, Giorgi Margvelashvili, bei der Unterzeichnung der Strassenkarte am 16. Dezember 2015

Das Post-Monitoring ist ein Verfahren, das vom Kongress etabliert wurde, um eine Nachbereitung der Umsetzung seiner Empfehlungen an die Mitgliedstaaten über lokale und regionale Demokratie durch einen umfassenden politischen Dialog zwischen den Stellen des betreffenden Staates und dem Kongress sicherzustellen. Das Verfahren wird auf Antrag der Stellen eines Staates eingeleitet. Es basiert im Wesentlichen auf einem politischen Dialog mit dem Kongress und betrifft die vom Kongress in Bezug auf die Staaten, die ein Post-Monitoring akzeptieren, ausgesprochenen Empfehlungen.

Die Post-Monitoring-Tätigkeit führte zur Unterzeichnung der Fahrpläne mit der Ukraine (Mai 2015), mit Portugal (September 2015) und mit Georgien (Dezember 2015) und zu den diesbezüglichen aktuellen Fortschritten mit der Republik Moldau und mit Armenien.

Unterzeichnete Fahrpläne

Georgien (16. Dezember 2015)

Der Präsident des Kongresses und der georgische Minister für Regionale Entwicklung und Infrastruktur, Nodar Javakhishvili, unterzeichneten einen Fahrplan für die Umsetzung der Monitoring-Empfehlungen für Georgien. Die Unterzeichnung des Fahrplans folgt der Empfehlung zur Situation der lokalen und regionalen Demokratie in Georgien (Empfehlung 334 (2013)) und dem Post-Monitoring-Dialog der letzten Monate.

Beim selben Anlass trafen sich der Kongresspräsident und die beiden Berichterstatter, Migel Mermagen (Vereinigtes Königreich, ILDG), Berichterstatter für lokale Demokratie, und Helena Pihlajasaari (Finnland, SOC), Berichterstatterin für regionale Demokratie, mit dem Präsidenten von Georgien, Giorgi Margvelashvili, dem Sprecher des georgischen Parlaments und dem Finanzminister.

C. BEOBACHTUNG VON KOMMUNAL- UND REGIONALWAHLEN



Foto: Wahlbeobachtungsmission von lokalen und regionalen Wahlen in der Ukraine am 25. Oktober 2016

Der Kongress der Gemeinden und Regionen nimmt seit 1990 an den Beobachtungsmissionen für Kommunalwahlen in den 47 Mitgliedstaaten des Europarats und darüber hinaus teil. Die Beobachtungsmissionen werden auf offiziellen Antrag der betreffenden nationalen Stellen durchgeführt und ergänzen das politische Monitoring der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung.

Der Kongress verfolgt außerdem die Umsetzung seiner Empfehlungen im Kontext eines Dialogs nach stattgefundenen Wahlen. Zwischen Dezember 2015 und April 2016 hat der Kongress 1 Mission für einen Dialog nach stattgefundenen Wahlen durchgeführt.

Dialog nach stattgefundenen Wahlen in Albanien (24.-26. Februar 2016)

Der Kongress hat im Rahmen seines Dialogs nach stattgefundenen Wahlen mit den albanischen Stellen vom 24.-26. Februar 2016 eine Erkundungsmission in Albanien durchgeführt. Die Delegation unter Leitung von Jos Wienen (Niederlande, EPP-CCE) schloss die Mission mit einem Meinungsaustausch mit den Vertretern der Zentralen Wahlkommission von Albanien ab, wobei sie sich insbesondere mit der Nachbereitung der im Anschluss seiner Beobachtung der Kommunalwahlen 2015 ausgesprochenen Kongress-Empfehlungen befasste.

Weitere Treffen konzentrierten sich insbesondere auf die neusten Entwicklungen und Herausforderungen im Hinblick auf die Umsetzung der Reform der kommunalen Selbstverwaltung in Albanien. Die Delegation diskutierte außerdem Fragen bezüglich der Verwaltung der neu gegründeten Stadtgemeinden und der Folgen für die politische Vertretung der neusten Änderungen der Wahlbezirksgrenzen.

Die Ergebnisse der Mission wurden auf der 30. Tagung des Kongresses präsentiert. Jos Wienen (Niederlande, EPP-CCE) zeigte sich besorgt im Hinblick auf den Stand der Umsetzung der Verwaltungs- und Gebietsreform nach den Kommunalwahlen 2015 in Albanien, vor allem zurückzuführen auf fehlende Informationen für die neu gegründeten Stadtgemeinden bezüglich ihrer neuen Zuständigkeiten, was auch Unsicherheiten in Bezug auf den Haushalt, geerbte finanzielle Belastungen und einen Personalabbau einschloss.

Der Kongress begrüßte aber die Umsetzung des neuen Gesetzes „Organisation und Arbeitsweisen der Kommunalverwaltung“, das u.a. Bestimmungen und verfahrensrechtliche Absicherungen für einen

integrativen Prozess der Ziehung zukünftiger Gebietsgrenzen vorsieht, ein Thema, das vor den Wahlen heftig zwischen der Regierung und der Opposition diskutiert worden war.

Auf Grundlage der Erkundungsmission, die zum ersten Mal im Rahmen seines Dialogs nach stattgefundenen Wahlen stattfand, rief der Kongress die albanischen Stellen auf, sich stärker auf eine weit angelegte Wahlrechtsreform zu konzentrieren, insbesondere auf die Entpolitisierung und Professionalisierung der Wahlverwaltung und die Frage des Wahlrechts von Bürgern, die de facto im Ausland leben (dies betrifft nahezu 1 Mio. albanischer Bürger). Der Kongress unterstrich auch die Notwendigkeit eines Gesetzespakets zur Bekämpfung von Korruption und politischer Vetternwirtschaft. Der Berichterstatter schloss mit der Feststellung, es sei im Interesse des zukünftigen demokratischen Prozesses in Albanien, die politischen Reformprozesse integrierend zu gestalten.

IV. THEMENBEZOGENE AKTIVITÄTEN

Der Kongress unterstützt die Gemeinden bei der Durchführung ihrer Pflichten im Hinblick auf ihre Bürger und bei ihrer Suche nach Lösungen für Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert werden, insbesondere im Hinblick auf Sicherheit, Integration, Dialog und Partizipation, Achtung der grundlegenden Menschen- und sozialen Rechte, Integration schutzbedürftiger Bevölkerungsgruppen, etc.

Er initiiert Reflexionen und Projekte zu diesen Themen und trägt aktiv zur Arbeit bei, die in diesem Zusammenhang vom Europarat und auf europäischer Ebene geleistet wird.

A. JUGENDPARTIZIPATION

Der Kongress der Gemeinden und Regionen betrachtet die Jugendpartizipation auf kommunaler und regionaler Ebene als wichtigen Ansatz für die Förderung der demokratischen Bürgerschaft. Seit Oktober 2014 hat der Kongress aus diesem Grund Jugendliche eingeladen, die in einem Auswahlverfahren ausgesucht wurden, an seinen Tagungen teilzunehmen, ein Anhörungsrecht in seinen Debatten zu haben und sich mit Kongressmitgliedern zu Themen auf der Agenda auszutauschen (siehe II.A. 30. Tagung)

B. INTERKULTURELLER DIALOG/RADIKALISIERUNG

In aktuellen Kontext eines wachsenden Extremismus ist die Förderung eines interkulturellen und interreligiösen Dialogs in den Städten und Regionen eine der Prioritäten des Kongresses. Auf der Tagung im März 2016 präsentierten die Berichterstatter Bert Bouwmeester (Niederlande, ILDG) und Josef Neumann (Deutschland, SOC) das neue Tool-Kit für kommunal und regional gewählte Amtsträger für das Organisieren interkultureller und interreligiöser Aktivitäten. Diese Initiative ist Teil der Strategie des Kongresses zur Bekämpfung der Radikalisierung an der Basis, die im Februar 2015 mit dem Ziel angenommen wurde, die religiöse Radikalisierung zu bekämpfen und interkulturelle und interreligiöse Aktivitäten auf kommunaler Ebene zu fördern und zu ermutigen.

Das Tool-Kit wird Faktenblätter mit Links zu den wichtigen Texten des Europarats, von Experten und Wissenschaftlern, einen Handzettel mit den *12 Leitlinien für den interreligiösen Dialog auf kommunaler Ebene* und eine Broschüre mit den *Leitlinien für die Prävention von Radikalisierung und Manifestationen von Hass an der Basis* enthalten. Ergänzt wird es durch ein Video, um gewählte Amtsträger zu ermutigen, diese Ressourcen beim Organisieren interkultureller und interreligiöser Aktivitäten einzusetzen.

Die Entschließung 397 (2016), die für die Entwicklung des Tool-Kits angenommen wurde, bittet die nationalen und regionalen Verbände, diese Initiative zu unterstützen, insbesondere durch Bereitstellen von Übersetzungen in ihren Sprachen und Verbreitung des Tool-Kits, und sie fordert den

Kongresssprecher für Menschenrechte auf, diesen Aspekt und das Tool-Kit in seine Arbeit zu integrieren, um das Bewusstsein für Menschenrechte bei den Gemeinden zu schärfen.

C. RECHTE DES KINDES

Der Themensprecher für Kinder des Kongresses, Johan van den Hout (Niederlande, SOC), nahm an einer hochrangigen Konferenz mit dem Titel „Das Maximum für die Rechte des Kindes erreichen“, die am 5. und 6. April 2016 in Sofia (Bulgarien) stattfand. Diese Konferenz wurde im Rahmen des bulgarischen Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarats von der Staatlichen Kinderschutzstelle und dem Arbeitsministerium und anderen internationalen Organisationen ausgerichtet. Herr van der Hout erklärte, Kinder sollten konsultiert werden, und er empfahl, in den Kindern den Wunsch nach Partizipation am Haushaltsprozess zu wecken, diesen unter Verwendung kinderfreundlicher Dokumente verständlich zu machen und im Rahmen von Treffen und Instrumenten auf die Kinder zuzugehen, z. B. soziale Netzwerke und Webseiten. Er betonte des Weiteren die Bedeutung von Kinderparlamenten innerhalb der Gemeinderäte oder sogar partizipative Haushaltsausschüsse von Kindern.

Der Beitrag des Kongresses zur Kampagne One in Five des Europarats endet 2017. Der Kongress erwägt, Städte alle zwei Jahre einzuladen, um eine Bestandsaufnahme der Situation durchzuführen.



D. EUROPÄISCHE WOCHE DER LOKALEN DEMOKRATIE

2016 fand am 1. Februar das jährliche Koordinierungstreffen für die ELDW in Paris statt, unter Teilnahme von Bürgermeistern, Kommunalräten, Verbandspräsidenten und kommunalen Koordinatoren des Projekts. Die Beurteilung der Ausgabe 2015, die Präsentation der guten Praxisbeispiele, die Diskussion zum Hauptthema 2016 und die Zeremonie zur Verleihung des Zertifikats „12 Sterne“ waren die wichtigsten Tagesordnungspunkte. Darüber hinaus fand ein erster Meinungsaustausch zur Vorbereitung des 10. Jahrestages der ELDW statt, der 2017 gefeiert wird. Der Kongress

wurde von Gaye Doganoglu (Türkei, EPP/CCE) vertreten, die bei dem Treffen in ihrer Funktion als Vizepräsidentin des Kongresses und politische Koordinatorin der ELDW den Vorsitz führte.

Die Europäische Woche der Demokratie (ELDW) 2016

Den beim Koordinationstreffen vorbereiteten Vorschlag aufnehmend, wurde das Thema „Zusammenleben in kulturell vielfältigen Gesellschaften: Respekt, Dialog, Interaktion“ am 8. Februar vom Präsidium angenommen. Das Thema konzentriert sich auf die Bürger- und Menschenrechtserziehung und geht Hand in Hand mit den aktuellen Prioritäten des Europarats und seiner verschiedenen Organe, u.a. dem Aktionsplan für den Aufbau integrativer Gesellschaften (2016-2017), der Kongressstrategie zur Verhinderung von Radikalisierung an der Basis und dem Thema 2016 des Weltforums für Demokratie „Bildung und Demokratie: wie überbrückt man soziale Gräben?“.

Zur Unterstützung der teilnehmenden Gemeinden, Gemeinde- und Regionalverbände und NRO bei der Vorbereitung ihrer Woche der lokalen Demokratie 2016 wurden ein Konzeptpapier zum Thema

2016, eine Zusammenstellung themenbezogener Ideen und eine Liste von Referenztexten sowie das offizielle Logo und der Handzettel 2016 (in mehreren Sprachen) auf der offiziellen Webseite der ELDW zur Verfügung gestellt.

E. INTEGRATION DER ROMA

Am 17. Dezember 2015 fand das erste Allianz-Seminar für die Integration der Roma auf kommunaler Ebene in Litauen statt. Vertreter der Allianz-Teilnehmer, des staatlichen Ministeriums für nationale Minderheiten, der Roma-Organisationen der Zivilgesellschaft und Wissenschaftler trafen sich in Trakai (in der Nähe von Vilnius), um die Themen Beschäftigung, Bildung und die Notwendigkeit einer gesicherten langfristigen Finanzierung zu diskutieren. Das informelle Netzwerk, das in Folge des Seminars eingerichtet wurde, wird das Ziel der Bereitstellung einer Austauschplattform für Gemeinden und Regionen, die einen Wandel anstreben, weiterverfolgen. Vertreter der niederländischen Städte/Regionen, die sich an der Allianz beteiligen und die bereits eine Partnerschaft mit dem litauischen Teilnehmer eingegangen sind, stellten ihre besten Praxisbeispiele vor. Nach dem Seminar gab es einen kurzen Besuch bei einer litauischen Roma-NRO, die in einer Siedlung in der Nähe von Vilnius arbeitet.

Anfang 2016 wurde die Verwaltung der Allianz dem Unterstützungsteam des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs (SRSG) für Roma-Angelegenheiten übertragen. Dies führte zu einer Neustrukturierung der Verwaltung und Logistik der Taskforce der Allianz. Zum Abschließen dieser Verwaltungsübertragung wurden die Strategischen Leitlinien der Allianz überarbeitet und vom Präsidium des Kongresses bei seiner Sitzung am 21. März 2016 angenommen. Die neuen Leitlinien sind programmatishcher, enthalten klar formulierte Pflichten der Allianz-Teilnehmer und ermöglichen dem Kongresssekretariat gemeinsam mit dem SRSG, einen Teilnehmer der Allianz für den Fall auszuschließen, dass dessen Politik die Glaubwürdigkeit der Tätigkeit des Kongresses und des Europarats für die Integration der Roma unterminiert.

V. INSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT INNERHALB DES EUROPARATS

A. DER ZWISCHENSTAATLICHE SEKTOR



Foto: Meeting des Ministerkomitees des Europarates

Das Ministerkomitee

Zwischen Dezember 2015 und April 2016 trug der Kongress zu den Prioritäten der Präsidentschaft des Ministerkomitees bei (siehe I.B. Vorsitz im Ministerkomitee)

In seiner Mitteilung an das Ministerkomitee vom 1. Dezember 2015 legte der Generalsekretär des Kongresses einen Bericht über die neusten Aktivitäten des Kongresses vor. Er konzentrierte sich insbesondere auf die zwei wichtigen Debatten, die auf der Tagung im Oktober 2015 geführt wurden, i.e. zur Flüchtlings- und Einwanderungskrise und zum Phänomen der Radikalisierung, und er betonte, der Kongress werde zur Umsetzung der Aktionspläne des Europarats „Aufbau integrativer Gesellschaften“ und „Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus und Radikalisierung, die zu Terrorismus führen“ beitragen, bei denen die Gemeinden und Regionen eine wichtige Rolle spielen.

Generaldirektion für Demokratie

Der Kongress arbeitet eng mit der Generaldirektion für lokale Demokratie und deren Kompetenzzentrum für Kommunalverwaltung zusammen und implementiert gemeinsam ein neues regionales Projekt zur Stärkung der Kapazitäten der Gemeinden in den Staaten der Östlichen Partnerschaft (2015-2017) und zur Schaffung von Synergien im Rahmen bestehender bilateraler Projekte in Albanien, Armenien und in der Ukraine. Reguläre Koordinierungstreffen finden weiterhin im Sekretariat statt.

B. PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG

Der Kongress unterhält einen regelmäßigen Austausch mit der Parlamentarischen Versammlung, um die Zusammenarbeit auf der Ebene der Berichterstatter und der jeweiligen Sekretariate sowie in den Bereichen von gemeinsamem Interesse auszubauen, insbesondere im Rahmen der Umsetzung der Kampagnen des Europarats.

Am 16. Dezember nahm der Berichterstatter des Kongresses für Migration und Flüchtlinge, Yoomi Renstrom (Schweden, SOC), an der PACE-Konferenz zum Thema „Eine umfassende humanitäre und politische Antwort auf die Einwanderungs- und Flüchtlingskrise in Europa“ teil.

Am 28. Januar 2016 nahm der Präsident des Kongresses an einem Meinungsaustausch teil, der vom PACE-Ausschuss für Kultur, Wissenschaft, Bildung und Medien durchgeführt wurde, um eine Plattform für den Dialog zwischen dem Europarat und den führenden Vertretern der Religionen und der Nichtregierungs- und religiösen Organisationen einzurichten. Er bekräftigte die Unterstützung des Kongresses für dieses Projekt.

C. EUROPÄISCHE KOMMISSION FÜR DEMOKRATIE DURCH RECHT (VENEDIG-KOMMISSION)

Der Kongress unterhält eine enge und hervorragende Zusammenarbeit mit der Venedig-Kommission, insbesondere in den Bereichen Wahlbeobachtung und Monitoring der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung.

Der Rat für demokratische Wahlen (CDE) bietet eine Kooperation für Wahlen zwischen der Venedig-Kommission, in ihrer Kapazität als Rechtsträgerin, und der Parlamentarischen Versammlung und dem Kongress als politische Organe, die für die Wahlbeobachtung zuständig sind. Die institutionellen Vertreter des Kongresses im CDE sind Jos Wienen (Niederlande, EPP/CCE) und Stewart Dickson (Vereinigtes Königreich, ILDG). Jos Wienen ist gegenwärtig Vorsitzender des CDE.

Ein konkretes Beispiel für die Zusammenarbeit im Rahmen des Rates für demokratische Wahlen ist der Bericht, der vom Kongress in Bezug auf Kommunal- und Regionalwahlen über Wähler, die de facto im Ausland leben, erstellt wurde. Ein weiteres Beispiel betrifft die Leitlinien für die Prävention von und die Reaktion auf den Missbrauch von Verwaltungsmitteln im Rahmen von Wahlverfahren.

Der Kongress hat des Weiteren seine Zusammenarbeit mit der Venedig-Kommission bei Fragen der lokalen und regionalen Demokratie verstärkt. Die institutionellen Vertreter des Kongresses bei der Plenarsitzung der Venedig-Kommission ist der Präsident des Monitoring-Ausschusses, Philippe Receveur. Darüber hinaus werden auch die Stellungnahmen der Venedig-Kommission von den Kongressberichterstattern bei ihren Besuchen und in den Empfehlungen des Kongresses berücksichtigt. Der Kongress und die Venedig-Kommission arbeiteten z. B. bei der Gebietsreform der Ukraine und insbesondere bei der Überarbeitung des Kapitels über kommunale Selbstverwaltung der ukrainischen Verfassung eng zusammen.

Des Weiteren wurden Gespräche über die Aufnahme der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung in das innerstaatliche Recht der 47 Staaten geführt, die die Charta ratifiziert haben, insbesondere durch die innerstaatlichen Gerichte. Tatsächlich werfen neuste Entscheidungen der Obersten Gerichte in bestimmten Mitgliedstaaten des Europarats Fragen über den Status internationaler Übereinkommen im innerstaatlichen Recht auf, wenn diese Entscheidungen nahezu systematisch dazu führen, diese Übereinkommen im innerstaatlichen Recht nicht zu berücksichtigen.

VI. EXTERNE KOOPERATION UND PARTNERSCHAFTEN

Der Ausschuss der Regionen der Europäischen Union

Der Kongress hat seine Zusammenarbeit mit dem Ausschuss der Regionen (AdR) der Europäischen Union fortgeführt.

Am 4. Dezember 2015 sprach der Präsident des Kongresses zum 115. Plenum des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union (AdR) in Brüssel (siehe I. Politische Agenda).

Am 15. Dezember traf sich die Präsidentin der Kammer der Regionen, Gudrun Mosler-Törnström, in Straßburg für einen Meinungsaustausch über die Perspektiven für eine bilaterale Zusammenarbeit mit dem Präsidenten des Ausschusses der Regionen, Markku Markkula.

Gudrun Mosler-Törnström nahm am 5. Februar 2016 in Brüssel an der Sitzung der Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen (CIVEX) teil. Sie präsentierte den vorläufigen Bericht über die Beobachtung der Kommunalwahlen in der Ukraine durch den Kongress und die Aktivitäten des Kongresses in Bezug auf die Bekämpfung von Radikalisierung und gewaltbereitem Extremismus.

2015 hatten der Kongress und der AdR beschlossen, ihre Zusammenarbeit zu verstärken, indem sie die Modalitäten ihrer bilateralen Treffen änderten, und am 9. Februar 2016 trafen sich der Präsident und die beiden Präsidenten der Kongress-Kammern mit dem Präsidenten, dem ersten Vizepräsidenten und dem Präsidenten der CIVEX-Kommission des AdR in Brüssel zum ersten „politischen 3+3 Treffen“. Das Treffen bot die Gelegenheit, gemeinsame Prioritäten mit dem AdR zu identifizieren und von einer Kooperation zu einer gemeinsamen Aktion zu wechseln, insbesondere in den Staaten der Östlichen Partnerschaft.

Die Präsidenten besprachen die Frage der Dezentralisierung in der Ukraine und vereinbarten, ihre Zusammenarbeit für diesen Staat auszubauen: der Kongress wird sich an der Task Force, die vom Ausschuss der Regionen zur Unterstützung des Reformprozesses eingesetzt wurde, beteiligen, und im Gegenzug werden Mitglieder des Ausschusses der Regionen eingeladen, sich an den Kooperationsaktivitäten des Kongresses in diesem Staat zu beteiligen. Die beiden Organe werden darüber hinaus auch ihre Zusammenarbeit über die Konferenz der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der Länder der Europäischen Union und der Östlichen Partnerschaft (CORLEAP) und die Versammlung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Europa-Mittelmeer (ARLEM) verstärken, und sie beschlossen, die Korruptionsbekämpfung und die Förderung der Ethik auf lokaler und regionaler Ebene als gemeinsame Priorität zu behandeln: in einem ersten Schritt werden sie im Herbst dieses Jahres oder Anfang 2017 eine gemeinsame Konferenz zu diesem Thema ausrichten.

Die offizielle Teilnahme des AdR-Präsidenten, Markku Markkula, an der Plenarsitzung am 22. März musste leider aufgrund der Terrorangriffe in Brüssel im letzten Moment abgesagt werden. Seine Teilnahme an der Plenarsitzung des Kongresses wurde auf Oktober 2016 verschoben.

Europäische Verbände der Gemeinden und Regionen

Der Kongress unterhält eine laufende Zusammenarbeit mit den wichtigsten Verbänden und Organisationen, die die Regionen und Städte Europas vertreten.

Am 16. November 2015 organisierte der Kongress in Brüssel ein Treffen mit den wichtigsten europäischen Gemeinde- und Regionalverbänden (EUROCITIES, CEMR, AER, AEBR, CALRE, CPMR). Insbesondere EUROCITIES, CEMR und AER beschlossen, Deradikalisierung und Einwanderungspolitik ihren traditionellen Prioritäten hinzuzufügen. Die Teilnehmer vereinbarten einen Austausch von Informationen und Dokumenten von gemeinsamem Interesse.

Der Kongress wurde in der außerordentlichen Vollversammlung der Versammlung der Regionen Europas (AER) am 1.-2. Dezember 2015 in Brüssel vertreten, wo Hande Bozatlı, ein ehemaliges Kongressmitglied, als Präsidentin wiedergewählt wurde. Die politischen Prioritäten der AER (Einwanderung und Flüchtlinge; Menschenrechte und soziale Integration; interregionale Zusammenarbeit und Jugendförderung) entsprechen den Tätigkeitsbereichen des Kongresses.

VII. KOOPERATIONSPROGRAMME UND AKTIONSPLÄNE



Foto: Workshop „Bürgermeister, Führer für Veränderung“, in der Republik Moldawien vom 2. bis 4. Februar 2016

Das Ziel der Kooperationstätigkeit des Kongresses lautet, eine Reihe von Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der vom Kongress verabschiedeten Empfehlungen zu unterstützen, um pragmatisch auf die im Rahmen des Monitoring und des Post-Monitoring sowie der Wahlbeobachtungen identifizierten Probleme zu reagieren.

Diese Aktivitäten werden im Rahmen der Aktionspläne des Europarats und in enger Zusammenarbeit und unter Nutzung der Synergien mit anderen Einheiten der Organisation umgesetzt.

Sie stützen sich vor allem auf den kollegialen Austausch in den Gebieten, in denen der Kongress Fachkenntnisse und Know-how anbieten kann, u.a. in Bezug auf die Rolle und die Zuständigkeiten der politischen Vertreter der kommunalen und regionalen Ebene.

Albanien

Im Rahmen der 2. Phase des Projekts „*Stärkung der kommunalen Verwaltungsstrukturen und Kooperation der kommunal gewählten Amtsträger*“ des Europarats ist der Kongress auch weiterhin in Albanien aktiv. Das Projekt, das bis zum 30. Juni 2017 verlängert wurde, hat zum Ziel, die laufende Dezentralisierung und die Konsolidierung der Grundsätze der guten Governance zu unterstützen.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Vorbereitung des neuen Entwurfs eines Organgesetzes über die Organisation und die Arbeitsweise der Kommunalverwaltung gewidmet, der am 17. Dezember 2015 vom albanischen Parlament angenommen wurde.

2016 werden die Verbände, zum Zweck des Dialogs und einer regelmäßigen Kooperation zwischen den kommunalen Verwaltungseinheiten (KVE), weiter unterstützt, um diese beim Konsultationsrat zu vertreten, u.a. durch die Ausrichtung einer Reihe pluralistischer Treffen für kommunal gewählte Vertreter der politischen und fachlichen Ebene. Dies wird den Vertretern der KVE ermöglichen, ihre Positionen zu Themen von gemeinsamem Interesse im Hinblick auf die Treffen des Konsultationsrates vorzubereiten und zu koordinieren. Den albanischen Kommunal- und Regionalverbänden wird weitere Unterstützung zuteil, um ihre institutionellen und Vertretungskapazitäten zu stärken, u.a. durch die Ausrichtung statutarischer Treffen/einer Konferenz,

um den Entwurf einer institutionellen Entwicklungsstrategie zu diskutieren und Entwürfe statutarischer Dokumente zu verabschieden.

Schließlich wird der Kongress die albanische Regierung beim Einrichten des Konsultationsrates und beim Entwerfen der relevanten normativen Gesetze und internen Vorschriften für die Arbeitsabläufe unterstützen und so die Konsultation der Akteure, vor allem der Kommunalverbände, fördern.

Armenien

Der Kongress setzt gegenwärtig zwei Projekte in Armenien um, die der Reform der kommunalen Selbstverwaltung in diesem Staat folgen.

Im Zusammenhang mit dem Projekt Armenien 1 „Hilfe bei der Konsolidierung der lokalen Demokratie in Armenien“ (2013-2016), finanziert von der dänischen Regierung, implementiert der Kongress die Wirkungslinie III „Stärkung der Führungskompetenzen lokal gewählter Amtsträger“. Dieses Programm hat zum Ziel, das Wissen kommunal gewählter Amtsträger über gute Praktiken im Bereich der kommunalen Demokratie zu erhöhen und ihre Kapazitäten zu stärken, damit sie in einen konstruktiven Dialog miteinander und mit den nationalen Stellen und den Bürgern treten können.

Die Kapazitäten der kommunal gewählten Amtsträger, insbesondere bezüglich der Rolle der Gemeinderäte in der Kommunalverwaltung, Bürgerpartizipation und Ethik, wurden durch die Umsetzung einer kollegialen Ebene gestärkt. Ein Mikrofinanzierungsprogramm für die Organisation von Bürgerpartizipationsinitiativen wurde umgesetzt und die Ergebnisse der Initiative wurden dem Geberland anlässlich eines Besuchs vor Ort am 19. Januar 2016 präsentiert.

In den neun zusätzlichen Monaten der Umsetzung werden sich die Projektaktivitäten vor allem auf Gemeinderäte konzentrieren, indem man ihnen hilft, politische Ansätze zu definieren und auszuführen und realistische Ziele zu setzen. Weitere Seminare zielen auf junge Führungspersonlichkeiten in Armenien ab. Eine Serie von drei Workshops für Gemeinderäte wird zum Ziel haben, deren Bewusstsein für demokratische Prinzipien, europäische Standards der politischen Kommunalverwaltung und die Bedeutung der Bürgerpartizipation am Entscheidungsprozess zu schärfen. Darüber hinaus werden zwei Seminare für junge armenische Führungspersonlichkeiten organisiert, die eine Plattform für den Austausch bester Praktiken zur Entwicklung der lokalen Demokratie bieten und jungen politischen Führungspersonlichkeiten in Armenien helfen, diesbezüglich Einblicke in europäische Praktiken zu gewinnen.

Das Projekt Armenien 2: „Institutionelle Unterstützung der Gemeindeverbände in Armenien (CAA)“ (2014-2016), finanziert von der Schweizer Regierung im Rahmen des Programms „Verbesserung des Systems der kommunalen Selbstverwaltung“ und koordiniert von der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (SDC), hat zum Ziel, die Kapazitäten der Gemeindeverbände in Armenien auszubauen, damit diese zu aktiven Akteuren im Regierungssystem des Staates werden.

2015 wurde eine Reihe von Aktivitäten durchgeführt, um die CAA für die Hilfsmaßnahmen zum institutionellen Kapazitätsausbau vorzubereiten. Der Organisatorische Entwicklungsplan (OD) für 2016 wurde von den Mitgliedern des CAA-Vorstands in seiner Sitzung am 11. Dezember 2015 angenommen.

Darüber hinaus hat die CAA bereits die Initiative zur Verbesserung ihrer Transparenz ergriffen, indem sie einen Geschäftsbericht für 2015 und einen Kostenplan für 2016 verfasst hat, die auf der Tagung des Republikanischen Rats, einem Entscheidungsgremium bestehend auf ca. 100 Bürgermeistern, am 26. Februar 2016 präsentiert wurden. Der Kongress wird 2016 das CAA-Projekt weiter unterstützen, vor allem durch Mitwirkung bei der Formulierung der allgemeinen Fünfjahresstrategie des Verbandes.

Ukraine

Der Aktionsplan 2015-2017 des Europarats für die Ukraine, angenommen am 21. Januar 2015 durch das Ministerkomitee, schließt ein wichtiges Kapitel über Dezentralisierung und die Reform der kommunalen Verwaltung ein.

Seit August 2015 setzt der Kongress ein Projekt zur Förderung der kommunalen Demokratie in der Ukraine um, basierend auf den Ergebnissen der zwischen April 2014 und Mai 2015 im Rahmen von zwei vorausgegangenen Projekten durchgeführten Aktivitäten.

Dieses Projekt hat zum Ziel, die Entwicklung der lokalen und regionalen Demokratie durch Aktionen mit allen Interessengruppen zu unterstützen: lokale und regionale Vertreter, ukrainische Jugendliche, die sich für die Demokratie in den Gebietskörperschaften einsetzen, und Vertreter der Zentralregierung, die für die regionale Entwicklung zuständig sind.

Der Kongress hat eine Reihe von Workshops „Bürgermeister - Führungskräfte für Wandel“ durchgeführt, u.a. am 15. Dezember 2015 in Kiew, wo Anders Knappe, Präsident der Kammer der Gemeinden und Vizepräsident des Kongresses, den Workshop eröffnete und die Rolle des Kongresses im Hinblick auf die Förderung der lokalen Demokratie in den 47 Mitgliedstaaten des Europarats im Rahmen seiner Monitoring-Tätigkeit unter der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung skizzierte. Nataliya Romanova berichtete über die lokale und regionale Demokratie in der Ukraine und unterstrich die Rolle, die der Kongress bei der Verbesserung der Situation gespielt hat.

Darüber hinaus trafen sich am 15. und 16. Dezember 2016 in Kiew 25 Bürgermeister, die Oktober 2015 gewählt worden waren, um Meinungen und Erfahrungen mit den aktuellen Herausforderungen der kommunalen Stellen in der Ukraine auszutauschen. Die Bürgermeister diskutierten zusammen mit Anders Knappe, Robert Biedron, (Polen, SOC), Bürgermeister von Slupsk, Luzette Wagenaar-Kroon (Niederlande, EPP/CCE), Bürgermeisterin von Waterland, Nataliya Romanova und Experten die Auswirkungen des Dezentralisierungsprozesses auf die kommunalen Gebietskörperschaften in der Ukraine und in anderen europäischen Staaten. Insbesondere betonten die ukrainischen Bürgermeister die Bedeutung einer aktiveren und integrativeren Einbeziehung der Bürger, damit diese aktive Akteure für eine nachhaltige Verbesserung ihrer Gemeinden sein können.

Der Kongress führte außerdem eine Reihe von Seminaren für junge kommunale Führungspersonlichkeiten durch, die das Ziel verfolgte, eine Kultur der Demokratie durch eine Schärfung des Bewusstseins für die Grundsätze der lokalen und regionalen Demokratie zu schärfen und die Kapazitäten der Teilnehmer zu entwickeln, sich lokal in aktiver und qualifizierter Weise zu engagieren.

Vom 9.-11. Februar 2016 organisierte der Kongress in Kiew ein regionales Seminar für junge kommunale Führungspersonlichkeiten. Das Kongressmitglied Vitalii Oluyko (Ukraine, SOC) begrüßte die 27 Teilnehmer bei der Eröffnung und rief sie dazu auf, sich weiter zu engagieren, da es diese neue Generation sei, die einen Wandel in der Ukraine herbeiführen werde.

Der Generalsekretär des Kongresses, Andreas Kiefer, besuchte vom 1.-4. März 2016 Kiew, Winnyzja und Charkiw. Er traf den Vorsitzenden des ukrainischen Städtebunds (gleichzeitig Bürgermeister von Kiew), den Bürgermeister von Charkiw, die Präsidenten der Regionalräte (Kiew, Schytomyr, Winnyzja und Charkiw) sowie der Gemeinderäte von Winnyzja und Kiew. Die Gesprächspartner des Generalsekretärs betonten, die Beiträge des Kongresses und des Europarats zur Stärkung der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine seien sehr willkommen bei den Bürgermeistern, Stadträten und jungen Kommunalführern, die die Hauptnutznießer der Kongress-Tätigkeit in der Ukraine seien.

Neben der Ansprache auf der Konferenz zur Bekämpfung von Korruption bei Bürgermeistern und Gemeinderäten, die in Kiew von Hanna Starikova, Präsidentin des Regionalrats von Kiew, für mehr als 500 Regional- und Gemeinderäte organisiert wurde, nahm der Generalsekretär des Kongresses noch an Treffen mit einer Delegation des Ministerkomitees in Kiew¹ und an einem Workshop „Bürgermeister – Führungskräfte des Wandels“ teil, der vom Kongress in Winnyzja organisiert wurde.

¹ Siehe CM/inf(2016)7

EU/CoE Kooperationsrahmen für die Östliche Partnerschaft

Der Kongress hat, im Hinblick auf den CoE/EU Programmatischen Kooperationsrahmen (PCF) 2015 – 2017 des Europarats /der EU für Staaten der Östlichen Partnerschaft² erhebliche Fortschritte seit der Umsetzung Anfang 2015 gemacht, um die institutionellen Rahmenbedingungen dieser Staaten bei seiner Umsetzung des themenbezogenen Programms V.2 über „Stärkung der institutionelle Rahmen“ zu stärken.

Zur Hervorhebung der gesetzlichen und praktischen Lücken im Hinblick auf eine wirksame Umsetzung der jeweiligen Zuständigkeiten wurde eine „Studie über die Aufgaben und Zuständigkeiten von Bürgermeistern und kommunalen Räten in den Staaten der Östlichen Partnerschaft“ ausgearbeitet. Diese Studie, veröffentlicht März 2016, basiert auf den Berichten der Experten und den Empfehlungen des Kongresses über die Umsetzung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung. Die verschiedenen Treffen im April und Mai 2015 erörterten die nationalen Berichte und erbrachten Ratschläge für die Methodologie der Studie und für Empfehlungen und lieferten eine wichtige Netzwerkbasis für die Einrichtung einer praxisorientierten Gemeinschaft, die kommunal gewählte Amtsträger, Experten und Ausbilder einschloss. Ihr erstes Treffen fand am 14.-15. Januar 2016 in Straßburg statt und die Diskussionen drehten sich um beste Praktiken und die Unterstützung beim Entwurf und bei der Umsetzung aktueller und zukünftiger Aktivitäten.

Auf der Grundlage von Analysen, die vom Programm hinsichtlich der jeweiligen nationalen Rechtsrahmen und der Identifizierung gemeinsamer Probleme durchgeführt wurden, wurden in der Republik Moldau und in Georgien (Februar 2016) sowie im Dezember 2015 und März 2016 in Armenien eine Reihe von Workshops durchgeführt, um das ethische Verhalten zu fördern und die institutionellen und Führungskapazitäten der kommunal gewählten Amtsträger zu stärken. Sie ermöglichten den Bürgermeistern die Entwicklung ihrer Kompetenzen für eine effektive und strategische Planung, die relevante Akteure einbindet und die Bürgerpartizipation bei den kommunalen Entscheidungsprozessen fördert.

Ein zusätzlicher Workshop wurde vom 29.-30. März 2016 organisiert, um die ukrainischen Bürgermeister in das Aktivitätenprogramm einzubeziehen.

² In Partnerschaft mit der Generaldirektion für Demokratie und deren Kompetenzzentrum für die Reform der Kommunalverwaltung

APPENDICES

Appendix 1: Agenda of the 30th Session (22-24 March 2016)

CG/2016(30)OJ-PROV

Theme for 2016: Ethics and transparency at local and regional level

Link: <http://bit.ly/agenda-30th-session>

Appendix 2: Resolutions and Recommendations adopted at the 30th Session of the Congress

Resolutions:

- [THE CONGRESS / RESOLUTION 396 \(2016\) / 22 March 2016](#)

Verification of new members' credentials and new appointment procedures - Rapporteurs: Gaye DOGANOGLU, Turkey (L, EPP/CEE) and Leen VERBEEK, Netherlands (R, SOC)

- [THE CONGRESS / RESOLUTION 397 \(2016\) / 22 March 2016](#)

Organising intercultural and interreligious activities: a toolkit for local authorities / Co-rapporteurs: Bert BOUWMEESTER, Netherlands (L, ILDG) , Josef NEUMANN, Germany (R, SOC)

- [THE CONGRESS / RESOLUTION 398 \(2016\) / 23 March 2016](#)

Autonomy and borders in an evolving Europe / Principles, frameworks and procedures for protecting and modifying status, competences and borders of sub-national entities within domestic law / Rapporteur: Karl-Heinz LAMBERTZ, Belgium (R, SOC)

Recommendations:

- [THE CONGRESS / RECOMMENDATION 384 \(2016\) / 22 March 2016](#)

Local and regional democracy in France - Rapporteurs: Jakob (Jos) WIENEN, Netherlands (L, EPP/CCE) and Gudrun MOSLER-TÖRNSTRÖM, Austria (R, SOC)

- [THE CONGRESS / RECOMMENDATION 385 \(2016\) / 23 March 2016](#)

Autonomy and borders in an evolving Europe / Principles, frameworks and procedures for protecting and modifying status, competences and borders of sub-national entities within domestic law / Rapporteur: Karl-Heinz LAMBERTZ, Belgium (R, SOC)

- [THE CONGRESS / RECOMMENDATION 386 \(2016\) / 23 March 2016](#)

Observation of local elections in Ukraine (25 October 2015) / Rapporteur: Jos WIENEN, Netherlands (L, EPP/CCE)

- [THE CONGRESS / RECOMMENDATION 387 \(2016\) / 24 March 2016](#)

Local and regional democracy in the Slovak Republic / Rapporteurs: Artur TORRES PEREIRA, Portugal (L, EPP/CCE) and Leen VERBEEK, the Netherlands (R, SOC)

Appendix 3: Communication by Jean-Claude Frécon, President of the Congress, at the opening of the 30th session

Tuesday 22 March 2016

Dear Colleagues,

At the opening of our session, at this beginning of the year 2016, I would like to share with you my thoughts concerning the situation in Europe.

No one would deny that dark clouds are gathering over the continent and that they are coming from all directions.

Waves of migrants and refugees have continued both to arrive at Europe's external borders and in many cases to cross into Europe. European states' difficulty in reaching an agreement on the reception and integration of these hundreds of thousands of persons has, alas, revealed an absence of real solidarity.

Clouds are also gathering as a result of serious conflicts not only on Europe's doorstep, in the Middle East and Africa, but also in Europe itself, with the continuing violence in the Donbass region and the renewed tensions between some of our Organisation's member states.

There are yet other clouds in the form of the economic and financial crisis, which continues, despite a number of sunny spells here and there, with few noteworthy signs of improvement where unemployment and particularly youth unemployment are concerned.

And last but not least clouds formed by the terrorist threats which hang over us like a Sword of Damocles and may well strike one of our countries or one of our cities at any time.

The terrorist attacks carried out in Paris in November are still very much in our minds, all the more so because they were followed by others in several countries, in particular Turkey where they have occurred again and again. The fear of similar attacks is such that a state of emergency is still in force here in France, while we are meeting.

All of these threats affect our societies, our populations, and our citizens, but they also affect the European institutions. The European Union and the European vision have been undermined and the Schengen area is on the point of imploding before our eyes. Our governments' failure to manage these crises is threatening the very idea of Europe.

The European Union is admittedly first in the line of fire in this major crisis but the Council of Europe is also affected when, in order to rise to the challenges they encounter, our member states' governments are prepared to give up that which is at the very core of our mission. Human rights and the rule of law are currently under very real threat in most of our countries. Revolt is brewing throughout our societies and populism is flourishing. We are witnessing the emergence of increasingly authoritarian governments in several of our member states. Newspapers are being closed down, some televisions are being censored and others refused the right to broadcast; freedom of thought and expression are threatened a little more each day.

I do not wish to draw a deliberately bleak picture of the continent but nor do I wish to pretend that we do not have legitimate concerns. Turning a blind eye to these threats means accepting the problems which will inevitably follow. We have a duty to make an honest assessment of the situation if we want to avoid such problems.

This week we will be considering our Congress' work to strengthen local and regional democracy. One might legitimately ask whether, in this increasingly difficult context, our activities are not marginal, not to say inadequate. And one might be tempted to reply that "yes, there are more urgent matters than local democracy!"

But quite the opposite is true and we must continue to point out that local and regional authorities are key actors in democracy at all levels. They help to ensure good governance and the democratic

stability of states. They have ideas on how to respond and are in a position to combat the threats facing us. But their opinion is not sought often enough; they are not sufficiently consulted or mobilised; and they are not sufficiently networked. Central governments do not do enough to involve them and do not communicate with them sufficiently.

We can see this in cases concerning terrorism and radicalisation. Not only do governments not co-operate sufficiently with one another but they do not use all available domestic resources. Instead of opting for law enforcement alone, governments should do more to involve local and regional authorities, which, owing to their proximity to the citizens, are in a better position to help prevent potentially dangerous situations.

As regards the economic and financial crisis affecting our countries, I firmly believe that local and regional authorities are also key players in economic recovery for they can act as a lever by fostering work and investment at local level.

Dear Colleagues, given the threats facing our societies, states may be very tempted to increase their powers. But it must be borne in mind that local and regional authorities have become an essential element of government. It is by strengthening their role and their powers that we can together help to find appropriate solutions to the problems facing us.

Our European Charter of Local Self-Government is an essential part of this system. It is a text that is applicable and which remains up-to-date and relevant; it provides guidance to local and regional authorities on how to rise to the challenges facing us, challenges which are undeniably more serious than any we have faced since the end of the Second World War.

I wish to convey this message not only with gravity but also and above all in the firm belief that we local and regional representatives hold part of the answer to the problems facing Europe.

Dear colleagues, this session which is now opening will provide the opportunity to discuss the problems I have just described. We must work with conviction and determination, and spare no effort. I trust that this session will be fruitful and rewarding for each and every one of us.

Thank you for your attention

Appendix 4: Compilation of Congress texts on governance/corruption/migration/radicalisation

To download the electronic version with links to the individual documents:

<http://bit.ly/congress-texts-2016CEMR>

--

I. LOCAL AND REGIONAL GOVERNANCE

Congress texts

- Adequate financial resources for local authorities
 - [Resolution 372](#), [Recommendation 362 \(2014\)](#), [Explanatory memorandum CPL\(27\)FINAL](#)
- Adequate Strategy on the right of local authorities to be consulted by other levels of government
 - [Resolution 368 \(2014\)](#), [Explanatory memorandum CG\(26\)9FINAL](#)
- E-media: Game changer for local and regional politicians
 - [Resolution 395 \(2015\)](#), [Explanatory memorandum CG/2015\(29\)14FINAL](#)
- Recurring issues based on assessments resulting from Congress monitoring and election observation missions
 - [Recurring issues 2010 – 2013](#)
- Conditions of office for elected representatives
 - [Resolution 393 \(2015\)](#), [Recommendation 383 \(2015\)](#), [Explanatory memorandum CG/2015\(29\)15FINAL](#)
- New forms of local governance
 - [Resolution 389 \(2015\)](#), [Explanatory memorandum CPL/2015\(29\)4FINAL](#)
- Autonomy and borders in an evolving Europe
 - [Resolution 398\(2016\)](#) and [Recommendation 385 \(2016\)](#), [Explanatory memorandum CPR30\(2016\)02-final](#)

II. CORRUPTION AND PUBLIC ETHICS

Congress texts

- European Code of conduct for the political integrity of local and regional elected representatives
 - [Resolution 79 \(1999\)](#), [Recommendation 60 \(1999\)](#), [Explanatory memorandum CG \(6\) 8 rev. Part II](#)
- Rights and duties of local and regional elected representatives: the risks of corruption
 - [Resolution 316 \(2010\)](#), [Explanatory memorandum CG\(19\)10](#)
- Survey on promoting transparency and ethical values and counteracting corruption at local and regional level (2012)
 - [Document prepared by the secretariat of the Congress](#)

- Tasks and duties, to be fulfilled by local and regional elected representatives, that may involve corruption risks and/or affect ethical behaviour (2010)
 - [Background Paper CG/GT/CDR\(19\)2](#)

Articles and speeches on corruption

- Debate on the fight against corruption: pointers for action at local and regional levels (24th Session of the Congress, 19-21 March 2013)
 - [Article](#)
- Debate on Corruption corrodes democracy (27th session of the Congress, 14-16 October 2014)
 - [Article](#), [Conclusions](#)
- Debates on ethics and transparency at local and regional level I-II (30th Session of the Congress, 22-24 March 2016)
 - Speeches by [Elizabeth Dávid-Barrett](#), [Marin Mrčela](#) and [Imrich Žigo](#)

III. MIGRANTS AND INTEGRATION POLICIES

Conventions

- Convention on the participation of foreigners in public life at local level
 - [CETS No.144](#)

Declarations

- The reception of refugees in Europe
 - [Declaration \(2015\)](#)

Congress recommendations and resolutions

- Organising intercultural and interreligious activities: a pedagogical toolkit for the use of the local authorities
 - [Resolution 397 \(2016\)](#), [Explanatory memorandum CG30\(2016\)04-final](#)
- Promoting diversity through intercultural education and communication strategies
 - [Resolution 375 \(2014\)](#), [Recommendation 365 \(2014\)](#)
- Migrants' access to regional labour markets
 - [Resolution 362 \(2013\)](#), [Recommendation 347 \(2013\)](#), [Explanatory memorandum CPR\(25\)3](#)
- Integration through self-employment: promoting migrant entrepreneurship in European municipalities
 - [Resolution 358 \(2013\)](#), [Recommendation 343 \(2013\)](#), [Explanatory memorandum CPL\(25\)2](#)
- Meeting the challenge of interfaith and intercultural tensions at local level
 - [Resolution 323 \(2011\)](#), [Recommendation 304 \(2011\)](#)
- Education for democratic citizenship: tools for cities
 - [Resolution 332 \(2011\)](#)
- Cultural Integration of Muslim Women in European Cities
 - [Resolution 318 \(2010\)](#), [Explanatory memorandum CG\(19\)12](#)

- Equality and diversity in local authority employment and service provision
 - [Resolution 281 \(2009\)](#), [Recommendation 262 \(2009\)](#)
- Minority languages – an asset for regional development
 - [Resolution 301 \(2010\)](#), [Recommendation 286 \(2010\)](#),
 - [Explanatory memorandum CPR\(18\)3](#)
- Intercultural cities
 - [Resolution 280 \(2009\)](#), [Recommendation 261 \(2009\)](#)
- Social approach to the fight against racism at local and regional level
 - [Resolution 264 \(2008\)](#), [Recommendation 246 \(2008\)](#)
- Improving the integration of migrants through local housing policies
 - [Resolution 270 \(2008\)](#), [Recommendation 252 \(2008\)](#),
 - [Explanatory memorandum CPL\(15\)5Rep](#)
- The development of social cohesion indicators - The concerted local and regional approach
 - [Resolution 226 \(2007\)](#), [Recommendation 207 \(2007\)](#),
 - [Explanatory memorandum CG\(13\)39PART2](#)
- Effective access to social rights for immigrants: the role of local and regional authorities
 - [Resolution 218 \(2006\)](#), [Recommendation 194 \(2006\)](#),
 - [Explanatory memorandum CG \(13\) 12 part II](#)
- Intercultural and inter-faith dialogue: initiatives and responsibilities of local authorities
 - [Resolution 202 \(2005\)](#), [Recommendation 170 \(2005\)](#)
- Cultural Identity in peripheral urban areas: the role of local and regional authorities
 - [Resolution 205 \(2005\)](#), [Recommendation 177 \(2005\)](#)
- Migration flows and social cohesion in South-East Europe: the role of local and regional authorities
 - [Resolution 175 \(2004\)](#), [Recommendation 147 \(2004\)](#),
 - [Explanatory memorandum CG \(11\) 9 Part II](#)
- A pact for the integration and participation of people of immigrant origin in Europe's towns, cities and regions
 - [Resolution 181 \(2004\)](#), [Recommendation 153 \(2004\)](#),
 - [Explanatory memorandum CPL \(11\) 4 Part II](#)
- The participation of foreign residents in public life at local level – consultative bodies
 - [Resolution 141 \(2002\)](#), [Recommendation 115 \(2002\)](#),
 - [Explanatory memorandum CPL \(9\) 5 Part II](#)
- Social cohesion in towns
 - [Resolution 70 \(1998\)](#), [Recommendation 51 \(1998\)](#)

Other texts

- Protection of migrants and asylum seekers: States' main legal obligations under the Council of Europe Conventions
 - [Background paper](#), [Press release](#), [Letter by Thorbjørn Jagland](#)

IV. PREVENTING RADICALISATION AND BUILDING INCLUSIVE SOCIETIES

Council of Europe Action Plans

- The fight against violent extremism and radicalisation leading to terrorism. Action plan 2015-2017
 - [CM\(2015\)74-addfinal](#)
- Action plan on building inclusive societies (2016-2019)
 - [CM\(2016\)25](#)

Congress recommendations and resolutions

- Organising intercultural and interreligious activities: a toolkit for the use of the local authorities
 - [Resolution 397 \(2016\)](#), [Explanatory memorandum CG30\(2016\)04-final](#)
- Guidelines for local and regional authorities on preventing radicalisation and manifestations of hate at grassroots level
 - [Resolution 384 \(2015\)](#), [Explanatory memorandum CG/2015\(29\)5FINAL](#)
- Combating radicalisation at grassroots level: the role of local and regional authorities
 - [Resolution 381 \(2015\)](#), [Recommendation 371 \(2015\)](#),
[Explanatory memorandum CG/2015\(28\)14FINAL](#)
- Congress strategy to combat radicalisation at grass-roots level
 - [CG/BUR/2015\(27\)22](#)
- Promoting diversity through intercultural education and communication strategies
 - [Resolution 375 \(2014\)](#), [Recommendation 365 \(2014\)](#),
[Explanatory memorandum CPL\(20\)2](#)
- Education for democratic citizenship: tools for cities
 - [Resolution 332 \(2011\)](#)
- Meeting the challenge of interfaith and intercultural tensions at local level
 - [Resolution 323 \(2011\)](#), [Recommendation 304 \(2011\)](#)
- Cultural integration of Muslim women in European cities
 - [Resolution 318 \(2010\)](#), [Explanatory memorandum CG\(19\)12](#)
- Intercultural cities
 - [Resolution 280 \(2009\)](#), [Recommendation 261 \(2009\)](#),
[Explanatory memorandum CPL\(16\)1REP](#)
- The need for regional cultural identity
 - [Resolution 268 \(2008\)](#), [Recommendation 250 \(2008\)](#),
[Explanatory memorandum CPR\(15\)4REC](#)
- Social approach to the fight against racism at local and regional level
 - [Resolution 264 \(2008\)](#), [Recommendation 246 \(2008\)](#)
- European Urban Charter I and II - Manifesto for a new urbanity (1992, 2008)
 - [European Urban Charter I](#)
 - [European Urban Charter II Manifesto for a new urbanity](#)
- Intercultural and interreligious dialogue: an opportunity for local democracy
 - [Recommendation 245 \(2008\)](#), [Explanatory memorandum CG\(15\)15REP](#)

- Urban security in Europe
 - [Recommendation 197 \(2006\)](#), [Explanatory memorandum CPL\(13\)5](#)
- Intercultural and inter-faith dialogue: initiatives and responsibilities of local authorities
 - [Resolution 202 \(2005\)](#), [Recommendation 170 \(2005\)](#),
[Explanatory memorandum CPL \(12\) 4](#)
- Cultural identity in peripheral urban areas: the role of local and regional authorities
 - [Resolution 205 \(2005\)](#), [Recommendation 177 \(2005\)](#)
- A pact for the integration and participation of people of immigrant origin in Europe's towns, cities and regions
 - [Resolution 181 \(2004\)](#), [Recommendation 153 \(2004\)](#),
[Explanatory memorandum CPL \(11\) 4 Part II](#)
- Tackling terrorism – the role and responsibilities of local authorities
 - [Recommendation 134 \(2003\)](#), [Resolution 159 \(2003\)](#)
- The participation of foreign residents in public life at local level – consultative bodies
 - [Resolution 141 \(2002\)](#), [Recommendation 115 \(2002\)](#),
[Explanatory memorandum CPL \(9\) 5 Part II](#)
- Manual on Local Authorities and Urban Crime Prevention
 - [Resolution 116 \(2001\)](#), [Explanatory memorandum CPL \(8\) 2 Part II](#)
- Crime and urban insecurity in Europe: the role of local authorities
 - [Resolution 99 \(2000\)](#), [Explanatory memorandum CPL \(7\) 6 Part II](#)
- Crime and urban insecurity in Europe
 - [Resolution 57 \(1997\)](#), [Explanatory memorandum CPL \(4\) 5, Part II](#)

Other texts

- The 12 Guidelines for interfaith dialogue at local level (Conference, Montchanin, France, 23-24 November 2006)
 - [The 12 Guidelines](#)

Im Rahmen seines Monitoring-Verfahrens der lokalen und regionalen Demokratie in Europa pflegt der Kongress einen regelmäßigen Meinungsaustausch mit den Mitgliedstaaten des Europarats. Das Ministerkomitee, das die 47 Außenminister dieser Staaten umfasst, die Ministerkonferenzen sowie die Lenkungsausschüsse sind diesbezüglich wichtige Partner.

Mehrmals im Jahr legen der Präsident und der Generalsekretär des Kongresses den Vertretern der 47 Mitgliedstaaten im Ministerkomitee eine Bilanz ihrer Arbeit vor und stellen sich anschließend der Diskussion.



www.coe.int/congress/fr
congress.adm@coe.int

PREMS 060216

DEU

www.coe.int

Der Europarat ist Europas führende Organisation für Menschenrechte. Er hat 47 Mitgliedsstaaten, von denen 28 auch Mitglied der Europäischen Union sind. Der Kongress der Gemeinden und Regionen vertritt die Kommunen und Regionen und gewährleistet die Förderung der bürgernahen Demokratie. Er setzt sich aus zwei Kammern zusammen – der Kammer der Gemeinden und der Kammer der Regionen – und umfasst 648 Mitglieder, die mehr als 200.000 europäische Gebietskörperschaften vertreten.

The Congress

Le Congrès

COUNCIL OF EUROPE

CONSEIL DE L'EUROPE